

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.- Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Genua- und Remeisgebiet, Oesterreich, Litauen, Luga und 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Soll und Sein“ mit „Siedlung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Morwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Goldpfennig 100 Milliarden

Anzeigenpreise:

Die einseitige Raumverteilung 0,70 Goldmark, Restameile 1.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (unfallig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnementen 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 9 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-295
Verlag: Dönhoff 2506-2507

Freitag, den 2. Mai 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diktonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Maifest im Wahlkampf.

Würdiger Verlauf in Groß-Berlin. — Klägliches Abfall der Kommunisten.

Die Maifeier des gestrigen Tages ist bei massenhafter Beteiligung der arbeitenden Bevölkerung Groß-Berlins im p o s a n t und würdig verlaufen. Dieser Erfolg ist um so höher zu werten, als sich gegen ihn alle Mächte des Schicksals verschworen zu haben schienen: Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse, der gesteigerte Druck des Unternehmertums, das Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel, schließlich die Störungsaktion der Kommunisten, die noch den bombastischen Ankündigungen der „Roten Fahne“ alles mitreißend folgte, was nicht mitwollte, alles über den Haufen rennen sollte, was sich entgegenstellte.

Nun ist die Probe aufs Exempel gemacht. Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben einen glänzenden und wirkungsvollen Verlauf ihrer Maifeier zu verzeichnen, während die Kommunisten nichts ernteten als eine klägliche Blamage. Das Bürgertum hat es sich ja schon längst abgewöhnt, die Kommunisten als Gegner ernst zu nehmen, es sieht in ihnen weiter nichts als Radauhelden, deren Bekämpfung man ohne Sorge der Straßenpolizei überlassen kann. Kein Kapitalist läßt sich mehr den Schlaf seiner Mächte durch bolschewistische Angstträume stören. Was sich gestern ereignet hat, dient vollends dazu, den kommunistischen „Weltrevolutionären“ den letzten Rest von Reputation zu rauben und sie als Leute zu entlarven, die nur in Worten, nicht in Taten stark sind.

Die wirkliche Macht der Arbeiterbewegung — das ist die klare Lehre dieses ersten Mai — ruht bei der Sozialdemokratie und bei den Gewerkschaften. Sie zu zermürben, ist die einzige Aufgabe, deren der Kommunismus sich noch einigermaßen fähig fühlt und der er sich auch mit nie versiegendem Eifer hingibt.

Ueber die Vorgänge des gestrigen Tages berichten wir an anderer Stelle ausführlich.

Es ist selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Maifeier ganz im Zeichen des Wahlkampfes stand. Wir sind in seine entscheidenden Tage eingetreten.

Von den rund 30 Millionen Wählerinnen und Wählern, die am 4. März zur Urne gerufen sind, mögen vielleicht zwei Drittel jetzt schon politisch festgelegt sein. Ungefähr zehn Millionen dürften aber auch heute noch nicht wissen, ob sie am Sonntag zur Wahl gehen und wen sie wählen werden. Das ist die große Masse der Nichtwähler und der Mitläufer; um ihre Gewinnung entspinnt sich jetzt erst unter den Parteien der eigentliche Entscheidungskampf.

Natürlich ist auch dieses politische Treibholz nicht ganz ohne eigene Meinung und eigenen Willen. Auch von ihm werden hoffentlich die meisten immer noch politischen Bestand genau besitzen, um sich wenigstens nicht von einem der anderthalb Duzend Splittergrüppchen einfangen zu lassen, die sich in den Wahlgewässern als vergnügte Infusorien herumtummeln. Auch die scheinbar ganz „unpolitischen“ Wähler sind außerdem fast immer irgendwie politisch vorbelastet, wobei ihre eigene soziale Stellung zumeist entscheidend ist. So ist die Entscheidung, zu der sie sich zum Schluß herbeilassen, doch nicht so ganz zufällig, wie es auf den ersten Blick den Anschein hat.

Ganz zufällig ist sie vor allem aber deswegen nicht, weil im Kampf um das politische Treibholz die Aktivität der werbenden Parteien ein bestimmender Faktor ist.

Was heute und morgen versäumt wird, ist in Jahren nicht gut zu machen. Regsamkeit und Entschlossenheit können aber in diesen Tagen geradezu Wunder wirken. Sie können alle Berechnungen unserer Feinde zunichte machen und dem politischen Deutschland ein ganz anderes Gesicht geben, als jene erwarten.

Von der Energie und Initiative, die unsere Genossinnen und Genossen im Endkampf entwickeln werden, hängt alles ab! Heute und morgen bringt sie die Gemeinschaft der Arbeit und des Wegs mit ihren Berufskollegen zusammen, ist ihnen die Gelegenheit geboten, noch in letzter Stunde aufklärend zu wirken.

Auch in den Betrieben gibt es viel Treibholz. Da sind die Unorganisierten, die Indifferenten, die Leute, die keine Zeitung lesen. Da sie weder Partei- noch Gewerkschaftsbeiträge zahlen, ist das Geschimpfe auf Partei- und Gewerkschaftsbonzen Laßfuß für ihre Ohren, denn sie finden darin die beste Rechtfertigung ihres eigenen Verhaltens. Auf einen Arbeiter, den die Kommunisten organisatorisch für sich einfangen, kommen hundert, denen das Gezeir über die „verräterischen Führer“ und die Quengesei über Taktik nur ein bequemer Vorwand sind, sich der Arbeiterbewegung überhaupt ganz zu entziehen. Da diese Leute nicht gewohnt sind, über verwinkelte politische Fragen nachzudenken, sind sie in ent-

scheidenden Momenten leicht geneigt, sich denen anzuschließen, die die stärksten Töne reden. Hier ist das Reservoir für den kommunistischen und für den völkischen Stimmensang.

„Heran an die Massen!“ lautet der Ruf der einen wie der anderen. Sie können damit nicht die Millionen meinen, die felsenfest zur Sozialdemokratie stehen und die durch ihre höhere politische Bildung gegen alle rechts- und linksradikalen Künste gefeit sind. Die Massen, die sie meinen, sind die Massen der politisch Unaufgeklärten und Unwissenden, sie sind es, um die jetzt der Kampf geht.

Wer Wählerversammlungen mitgemacht hat, der hat es in unzähligen Fällen erlebt, daß in der Diskussion ein „einfacher“ sozialdemokratischer Arbeiter aufstand und die kommunistischen Diskussionsredner in einer Weise abfertigte, daß nichts von ihnen übrig blieb. Die Lektion gestaltete sich dann so eindringlich, daß auch ungeschliffene und politisch unangeklärte Zuhörer klar erkennen mußten, auf welcher Seite die Ueberzeugungskraft unserer Genossen überall durchsehen kann, wo sie im Betriebe, im engeren Kreis, in gelegentlichen Gesprächen eingelegt wird.

Heute und morgen wird überall, wo ein paar Wählerinnen und Wähler durch Beruf oder Zufall zusammengeführt werden, von den Wählern die Rede sein. Wo eine Sozialdemokratin, ein Sozialdemokrat dabei ist, da müssen sie sich „zum Wort melden“.

Was der 4. Mai bringen wird, weiß niemand. Aber jeder, der den Dingen nahesteht, weiß, daß unsere Partei sich glänzend schlägt. Unsere Versammlungen sind überfüllt, unsere Redner ernten stürmischen Beifall, durch das Ganze geht ein hinreißender Zug. Unsere Gegner leiden dagegen alle an innerer Unsicherheit, und wie kann das anders sein, da auch diejenigen von ihnen, die auf Wahlerfolge rechnen, nicht wissen, was sie damit anfangen sollen! Völkische Trillerpfeientonzerte, die bereits angekündigt sind, planmäßig provozierte Hinauswürfe kommunistischer Värmacher werden das deutsche Volk nicht retten.

Praktische wohlüberlegte Arbeit zur Besserung unserer bedrängten auswärtigen Lage und zur Hebung der mit Kopf und Hand arbeitenden Massen, das ist unser Programm für die nächste Zukunft. Nur dadurch wird der Weg zum letzten und höchsten Ziel frei, zur Befreiung aus dem Joch der nationalen und internationalen Kapitalsherrschaft.

Diese Erkenntnis hat sich mit jedem Tag mehr und mehr durchgesetzt. Mit jedem Tag ist die Zuversicht unserer Kämpfer und Kämpferinnen gestiegen.

Jetzt gilt es, die letzten Tage und Stunden zu nützen, gilt es eine letzte Anstrengung. Sie wird jede Genossin und jeden Genossen auf dem Posten finden. Denn sie wissen alle: die Zukunft des deutschen Volkes und der deutschen Arbeiterklasse hängt von ihr ab!

Maifeiern im Reich und im Ausland.

Unsere Maifeiern im Reich sind ruhig und würdig verlaufen. Sie waren nach den vorliegenden Nachrichten gut besucht und von einer zuverlässigen Stimmung getragen. Der Versuch der Kommunisten, den ersten Mai durch Provokationen zu einem Bluttag zu gestalten, ist nicht geglückt. Ihr Aufruf, entgegen dem noch bestehenden Verbot von Umzügen und Versammlungen im Freien auf der Straße zu demonstrieren, hatte einen geradezu kläglichen Erfolg. Selbst in Mannheim, wo der Umzug gestattet war, brachten sie nur etwa 3500 Mann auf die Beine. Zu schweren Zusammenstößen kam es nach den bisherigen Meldungen lediglich in Königsberg, Greiz und Hindenburg. In den anderen Orten war die Menge, wo sie mißbräuchlich von den Kommunisten auf die Straße gelockt worden war, vernünftig genug, den Anweisungen der Polizei zu folgen.

Im einzelnen liegen folgende Meldungen vor: Dresden, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Maifeiern in Dresden sind überall ruhig verlaufen. Vom Polizeipräsidium wird auf Anfrage mitgeteilt, daß die in erhöhter Bereitschaft gehaltenen Sicherheitsorgane nirgends Anlaß fanden, einzuschreiten. Trotz der kommunistischen Agitation ist während des ganzen Tages kein Versuch unternommen worden, Demonstrationen und Straßenumzüge zu veranstalten. Die Stadt steht im Zeichen des Feiertages. Auch aus dem Lande sind bis zur Stunde irgendwelche Zwischenfälle nicht gemeldet worden.

Leipzig, 1. Mai. (B.Z.) Die Maifeier ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Kommunisten hatten beabsichtigt, auf dem Augustusplatz eine Demonstrationsversammlung abzuhalten. Die 1500 bis 2000 Personen, die zum Augustusplatz ziehen wollten, wurden von der Polizei abgedrängt, ohne daß es zu Ausschreitungen gekommen wäre. Die Teilnehmer hielten dann auf dem Spielplatz der Rennbahn eine Versammlung ab. Die Maifeier der Gewerkschaften fand unter starker Beteiligung im Palmengarten statt.

München, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Münchener Arbeiterchaft feierte den 1. Mai in neun von den freien Gewerkschaften für die einzelnen Industriegruppen einberufenen Versammlungen. Diese Versammlungen, die in den größten Sälen Münchens abgehalten wurden, waren durchweg sehr gut besucht und nahmen einen erhebenden Verlauf. In einzelnen Fällen versuchten die Kommunisten, deren selbständige Versammlungen von der Polizei verboten worden waren, erfolglos eine Entschließung durchzudrücken, in der u. a. die unbedingte Ablehnung des Sachverständigengutachtens gefordert wurde. Auch die freie Arbeiter-Union Deutschlands suchte durch Flugblätter für ihre Ideen zu wirken. Die Völkischen trauten sich mit ihrer Umschmeichelung der Arbeiter nicht auf den Plan zu treten. Nach Schluß der Versammlungen zogen die sozialdemokratischen Sektionen geschlossen und unter Vorantragen von roten Fahnen in ihre Stadtkasernen zurück. Am Nachmittag vereinigten sich

die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zu einer Feiertagsfeier im Tierpark.

Bochum, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Ruhrgebiet nahm die Maifeier einen würdigen und ruhigen Verlauf. Infolge des Versammlungs- und Demonstrationsverbots der Befehlshaberbehörden beschränkten sich die Veranstaltungen auf durchweg gut besuchte Saalversammlungen. Die Kommunisten besuchten ihre Versammlungen unter Ausnutzung der im Ruhrgebiet durch Ablehnung des Schiedspruchs über die Arbeitszeitregelung entstandenen schweren Krise zur Generalfreireispropaganda.

Zusammenstöße in Königsberg, Greiz und Oberschlesien

Königsberg, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Maifeier kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen der Polizei und kommunistischen Arbeitern, die dem polizeilichen Verbot zumider einen Demonstrationzug bildeten. Als die Polizei eingriff, um den Zug zu zerstreuen, stießen bei dem Handgemenge, das sich entwickelte, Schüsse. Schwerverletzt wurde ein Polizeiwachmeister und ein Arbeiter. Nach der Darstellung der Polizei soll zuerst aus der Menge geschossen worden sein. Die Menge zerstreute sich nach dem Zwischenfall.

Greiz, 1. Mai. (B.Z.) Heute morgen versuchten radikale Elemente, die Arbeitswilligen von der Arbeit zurückzubalten, so daß sich die Polizei zum Einschreiten veranlaßt sah. In der Mittagsstunde zog ein großer Trupp demonstrierender Kommunisten durch die Straßen. Hierbei kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, die von ihren Gummiknüppeln und Karabinerkolben Gebrauch machte. Nach halbstündigem Kampf wurde die Ruhe wieder hergestellt. Eine große Anzahl Verhaftungen wurde vorgenommen. Nachmittags versammelte sich die Menge vor dem Rathaus, wo die Verhafteten untergebracht waren.

Hindenburg, 1. Mai. (B.Z.) Heute kam es gelegentlich eines trotz Verbots abgehaltenen Demonstrationzuges zu einer Schießerei. Ein Polizeiaufgebot suchte den Zug zu zerstreuen. Dabei fielen aus der Menge Schüsse, worauf die Polizei das Feuer erwiderte. Zwei Personen wurden getötet, fünf verletzt, darunter eine lebensgefährlich. Der Anführer der Leute, die geschossen hatten, Gtodnick aus Kochlowitz (Pommern-Oberschlesien), wurde festgenommen.

Die Maifeier in Wien.

Wien, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Als der Maifeierbeschluss der Internationale gefaßt wurde, waren in dem industriellen Oesterreich die Arbeiter eben erst vom Ausnahmezustand befreit, politisch noch entrechtet. Die Maifeier war viele Jahre hindurch die stärkste aller Wahlrechtskämpfe und daraus erwuchs ihr die Stärke, die gerade die Maifeier in Oesterreich durch fast vollständige Arbeitsruhe und gewaltige Massenumzüge besonders imponant machte. Seit dem Zerfall der Habsburger Monarchie ist der 1. Mai in Oesterreich wie in der Tschechoslowakei Staatsfeiertag. Die

Eringung der Mehrheit in der Wiener Stadtverwaltung durch die Sozialdemokratie hat dazu geführt, daß die früheren Vormittagsversammlungen in Sälen und der Nachmittagsmarsch mit Fahnen und Standarten in den Prater durch den Massenaufmarsch auf der Ringstraße ersetzt worden sind. Diesmal mußten schon vier Reifungsveranstaltungen, vor dem Rathaus, dem Parlament, dem Burgtheater und der Universitätsbibliothek, auf der Haltertreuzler mit Unterstützung gewisser Professoren ihre Hohenreien treiben, abgehalten werden. Sanftmütigen vom Rathaus aus eröffneten die Feier, die Arbeiterführer begrüßten die Hunderttausende, die in Reihenreihen, von den Ordnertruppen geleitet, singend heranzogen waren. Dann sprachen die Redner, worauf Chöre von Josef Scheu und die „Schöne blaue Donau“ mit Orchesterbegleitung und Bläsermusik die Demonstration beendeten. Die Sammelplätze waren bis zum Eintreffen der Bezirkszüge von Ordnerkompanien abgesperrt. Einzelnsteher wurden nicht zugelassen, so daß nur organisierte Genossinnen und Genossen die Fronten stellen; sie trugen die Erkennungszeichen, die das früher übliche metallene Reifenzichen ersetzt hat. Der Rückmarsch erfolgte wieder geschlossen.

Am Nachmittag fuhrn tausende Arbeiterdrafhter mit geschmückten Rädern über den Ring zum Freiheitsplatz vor dem Rathaus, wo die Arbeiterturner ein großes Schauturnen veranstalteten und ihre Fahnen enthielten.

Schon am Mittwochabend, besonders aber am Nachmittag und Abend des Staatsfeiertages gab es zahlreiche künstlerische Veranstaltungen der Organisationen in fast allen Theatern, im neuen Saal der Hofburg und in vielen der schönsten Festlokale Wiens.

Zum erstenmal waren zu Ehren der Waisefer sowohl die Häuser in den Arbeiterbezirken wie die städtischen Amtsgebäude mit Fahnen geschmückt.

Starke Beteiligung in Frankreich.

Paris, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Feier des 1. Mai ist in Paris ruhig und ohne Zwischenfälle verlaufen. Die Beteiligung an der von den Gewerkschaften organisierten Manifestation im Trocadéro war ungewöhnlich stark. Auch die 16 von den Kommunisten einberufenen Versammlungen waren gut besucht. Die Durchführung der Arbeitsturne war, wie vorausgesehen, nicht vollständig. Trotzdem war die Zahl der Feiernden größer, als in den Gewerkschaftskreisen noch am Mittwoch angenommen werden war und als im vergangenen Jahr. Mit einer für französische Verhältnisse staunenswerten Disziplin waren die etwa 12 000 Chausseure der Pariser Droschken der von ihren Gewerkschaften ausgegebenen Parole zur Einstellung der Arbeit gefolgt. Man sah den ganzen Tag nicht eine Droschke auf der Straße. Auch das Fahrpersonal der Straßenbahn und der Autobusse hat zum größten Teil gefeiert. In einzelnen Depots betrug die Zahl der Feiernden bis zu 70 Proz. und die Gesellschaft mußte, um den Verkehr auf ein Drittel des gewöhnlichen Umfangs aufrechtzuerhalten zu können, auf die Dienste der freiwilligen Technischen Kohlfürer zurückgreifen. Auch in den Kommunalbetrieben wie das Personal am Donnerstag starke Lücken auf. Besonders stark war die Beteiligung an der Arbeitsturne in der Holz-, Möbel-, Glas-, Leder-, Metall- und Bauindustrie. In Havre betrug die Zahl der Feiernden mehr als 60 Proz. der gesamten Arbeiterschaft; die Straßenbahn konnte noch nicht 20 Proz. ihrer Wagen in den Verkehr bringen. In Lorient beteiligte sich an einem Umzuge durch die Straßen die gesamte Arbeiterschaft des Marinarsenals und der kommunalen Betriebe.

Unbefriedigender Verlauf in England.

London, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Waisefer in England war zerstückelt. Nur teilweise fanden am Donnerstag Waisefer statt. Teilweise haben die Organisationen der Arbeiterpartei für Sonntag Feiern angelegt. „Daily Herald“ beklagt die ungenügende Organisation und hofft, daß zukünftig der 1. Mai unter der Arbeiterregierung zu einem wahren Feiertag wird.

Imposante Feier in Holland.

Amsterdam, 1. Mai. (W.B.) Der 1. Mai wurde von den Sozialdemokraten in beinahe allen Städten Hollands durch Rundgebungen und Umzüge mit Musik gefeiert. In Amsterdam hatten die städtischen Behörden einen öffentlichen Park zur Abhaltung einer Massenversammlung freigegeben. Auf mehreren Plätzen Amsterdams wurden Konzerte gegeben und Kinderspiele veranstaltet. Am Vormittag bewegten sich zahlreiche Züge von Arbeiterorganisationen mit Musik und unter Voranführung von Fahnen nach dem erwähnten Park. Am Abend wurden mehrere Versammlungen in verschiedenen Lokalen abgehalten. Bisher ist weder aus Amsterdam noch aus den übrigen Teilen des Landes ein Zwischenfall gemeldet worden.

Der 1. Mai in Polen.

Warschau, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In Polen haben heute die Industriearbeiter gefeiert, mit Ausnahme von Eisenbahn und Elektrizität. In Warschau kam es zwischen Sozialisten und Kommunisten zu Schlägereien, so daß die Polizei einschritt. Die Straße mit dem Gebäude der Sowjetgesandtschaft, die eine große rote Fahne gehißt hatte, war gesperrt.

Rote Fahne in Rom.

Rom, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Gesandtschaft der russischen Sowjetunion hat am 1. Mai rot geflaggt. Gegen feindselige Angriffe oder Demonstrationen hatten die Kommunisten rings um die Gesandtschaft einen Sicherungsdienst gestellt. Die Carabinieri der Regierung sorgte dafür, daß dieser Sicherheitsdienst nicht angegriffen wurde.

Polizeiattacke in Athen.

Athen, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Waiseferdemonstration der Arbeiter ist von der Polizei mit der Waffe gesprengt worden. Dabei wurden mehrere Manifestanten erheblich verletzt.

Der Weltfeiertag der Zukunft.

Eine Anregung Macdonalds.

London, 1. Mai. (Eca.) Zum 1. Mai hat Ramsay Macdonald folgende Vorschläge an die Vereinigung zugunsten der Arbeiter- und politischen Bewegung gerichtet: Es ist mein glühender Wunsch, daß an einem späteren 1. Mai der Völkerbund das Parlament aller Völker geworden sein möge. Ich erlaube mir die Anregung, daß dieses große Ereignis am besten dadurch gefeiert werde, daß das erste Geiß, das der Völkerbund annimmt, den 1. Mai in Übereinstimmung mit allen Ländern zum Fest der Weltverbrüderung erklärt. Dieser Tag wird ein Fest zur Erinnerung an frühere widrige Streitigkeiten und ein Tag der Hoffnung auf die endliche Solidarität der Menschheit sein.

Eine Verordnung des Reichspräsidenten zur Ergänzung der Verfassung vom 28. Februar d. J. setzt für Teilnahme an nicht zugelassenen Veranstaltungen im freien Haft oder Geldstrafe bis 150 M., für die Veranstalter oder Redner Gefängnis oder Geldstrafe fest.

Mecklenburgs warnendes Beispiel.

Durch Rechtsfieg zum Narrenhaus.

Mecklenburg-Schwerin, 1. Mai. (M.B.) Nach den „Mecklenburger Nachrichten“ hat die Fraktion der Deutschösterreichischen Freiheitspartei dem Vorsitzenden der deutschnationalen Landtagsfraktion erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, gegen den von den Sozialdemokraten und Kommunisten angeforderten Mißtrauensantrag gegen das Ministerium Brandenstein zu stimmen, wenn nicht vor dem Wiederzusammentritt des Landtages der Rücktritt des Ministerpräsidenten v. Brandenstein erfolgt wäre. Brandenstein sei infolge seiner Stellungnahme zu dem Sachverständigengutachten für die Freiheitspartei untragbar. Da die Deutschnationalen Volkspartei nicht gewillt ist, Brandenstein zum Rücktritt zu veranlassen, ist der Sturz des Ministeriums unvermeidlich, falls die Freiheitspartei auf ihrem Standpunkte verharrt.

Die Ministerkrise in Mecklenburg-Schwerin sollte ein Warnungszeichen für die Reichstagswähler am 4. Mai sein. Die Deutschnationalen sind mit dem Schlachtruf: „Gegen jede Erfüllungspolitik — Nieder mit dem Vertrag von Versailles“ in den Kampf gezogen. Innerlich waren sie von der Verlogenheit dieses Schlagworts vornehmlich überzeugt. Aber ihnen kam es lediglich darauf an, die Massen zu verblenden und aus der nationalitätlichen Verbindung der Deutschösterreichischen ihren Nutzen zu ziehen.

Sie haben ihre Rechnung ohne die Deutschösterreichischen gemacht. Ueberall, wo die Rechtsparteien am Ruder sind — wie in Thüringen und Mecklenburg-Schwerin — betrachten sie sich als die Polizeibüffel der bürgerlichen Parteien. Sie legen jede praktische Regierungsarbeit lahm. Thüringen schwant

Sozialdemokratische Rundfunkrede.

Genosse Breitscheid spricht drahtlos am Abend des 1. Mai.

In der Reihe von Wahlfreden, die der Berliner Unterhaltungsrundfunk seinen Hörern bietet, kam gestern Abend unser Genosse Dr. Rudolf Breitscheid zu Wort. Er führte aus:

Das Glück des Volkes hat es gefügt, daß ich als Vertreter der Sozialdemokratie am 1. Mai zu Ihnen sprechen darf. Auf einem internationalen Kongreß, der vor 35 Jahren stattfand, wurde der 1. Mai zum Festtag der Arbeiter der Welt bestimmt, an dem sie für den Weltfrieden und die achtstündige Arbeitszeit als das Symbol des sozialen Fortschritts demonstrieren sollen. Mancherlei Schicksale hat das Proletariat seitdem durchlebt, und manchen ersten Mai, an dem bald die eine, bald die andere der Maßnahmen im Vordergrund stand. Aber kaum jemals zuvor sind beide zugleich so akut und so dringend gewesen wie heute, und dazu kommt, daß wir diesmal nicht nur ein platonisches Bekenntnis zu unserem Programm ablegen, sondern daß wir in wenigen Tagen Gelegenheit haben, uns mit dem Stimmzettel in der Hand für unsere Forderungen einzusetzen.

Am 4. Mai soll darüber entschieden werden, ob das deutsche Volk alles in ihm, was in seinem Vermögen liegt, um die Grundlage für Frieden und Verständigung zu schaffen. Noch im sechsten Jahr nach Beendigung des Krieges leben wir noch nicht in einem Zustand, der als wirklicher Frieden angesehen werden kann. Fremde Truppen stehen innerhalb unserer Grenzen und fremde Regierungen üben nicht nur einen militärischen, sondern auch den stärksten wirtschaftlichen Druck auf Deutschland aus. Die ökonomische Einheit unseres Landes ist zerstört, und die Wirkungen dieser aus dem sogenannten Friedensvertrag und den zahlreichen Sanktionen folgenden Maßnahmen machen sich nicht nur in den besetzten, sondern auch in den unbesetzten Gebieten tausendfältig fühlbar. Aber — wenn auch im geringeren Grade — sehen wir ähnliche Erscheinungen auch in den Siegerstaaten. Die Weltwirtschaft ist aus dem Gefüge, Unruhe und Unsicherheit sind das Kennzeichen der Situation in den meisten Ländern, und die, die aus dem Kriege zurückgekommen sind, haben nirgendwo vermittelt gefunden, was Lloyd George den englischen Soldaten während des Krieges versprochen, die Heimat nämlich, in der es ein Glück ist für Sieben zu wohnen.

Für uns ergibt sich daraus in erster Linie, daß der Kapitalismus nicht imstande gewesen ist, die Wunden zu heilen, die er geschlagen hat, er konnte einen Weltkrieg entfesseln, aber er konnte die zerstörte Welt nicht wieder aufbauen. Der Kampf wider das kapitalistische Wirtschaftssystem ist daher unsere erste und wichtigste Parole, auch in diesem Wahlkampf.

Aber diese allgemeine Formulierung des sozialistischen Endziels genügt nicht. Wir haben uns an die wichtigsten Probleme des Tages zu halten, und da müssen wir uns zunächst bemühen, auch unter der kapitalistischen Ordnung einen Weg zu finden, auf dem wir wenigstens zu einer Erleichterung des unentbehrlichen Drucks und zu einer Befreiung der unmittelbar drohenden Gefahren gelangen können.

Das Gutachten der internationalen Sachverständigen über die deutsche Leistungsfähigkeit hat die gegenwärtige Regierung als Basis für weitere Diskussionen anerkannt, und die Frage ist nun die, ob der Reichstag in seiner neuen Zusammensetzung diesem Beschluß beitreten und aus ihm die notwendigen gesetzgeberischen Konsequenzen ziehen wird. Die Sozialdemokratie ihrerseits ist dazu bereit. Sie weiß zwar, daß das, was die Sachverständigen vorschlagen, eine Lösung in kapitalistischem Sinne ist, aber solange die Arbeiterschaft der Welt nicht stark und einig genug ist, um andere Methoden vorzuschlagen zu können, sind wir genau so gut wie Sowjetrußland genötigt, auch kapitalistische Lösungsversuchen zuzustimmen, wenn sie uns einen Fortschritt versprechen. Die Sozialdemokratie verheimlicht weder sich noch anderen, daß die Belastung, die das Gutachten vorseht, gewaltig ist. Eine Jahresleistung von 2500 Millionen Goldmark vom fünfsten Jahre ab gerechnet, ist sicherlich kein Betrag, der leichten Herzens von Deutschland übernommen werden könnte. Dazu die Entnahme der Eisenbahnen aus dem Reichsbetrieb, die Belastung der Industrie und Landwirtschaft und die Ankündigung neuer Verbrauchszugaben. Und auch damit muß gerechnet werden, daß der Versuch gemacht wird, alle diese Lasten in der Hauptsache der arbeitenden Bevölkerung aufzubürden. Und daß es der größten Kraftanstrengung von unserer Seite bedarf, um eine gerechtere Verteilung der Kosten durchzusetzen.

Und dennoch haben wir uns damit einverstanden erklärt, daß das Sachverständigengutachten zur Grundlage der Diskussion gemacht werde. Die Parteien der Rechten erinnern wir daran, daß das Beschlüsse von dem, was das Gutachten fordert, bereits im Memorandum der Cuno-Regierung vom 7. Juni 1923 der Entente angeboten worden ist; in dieser Regierung haben keine Sozialdemokraten, und gegen diesen Schritt haben die Deutschnationalen Protest nicht erhoben. Der bekannte englische Nationalökonom Keynes, den ich genug deutschnationalen Redner im Reichstag als Kronzeugen gegen den Versailles Vertrag zitiert haben, schreibt jetzt: „Deutschland kann bessere Bedingungen als diese kaum erwarten. Der Bericht atmet eine neue Gesinnung und ist in einem neuen Geiste verfaßt, er schafft eine Atmosphäre der Unparteilichkeit und eröffnet ein neues Kapitel.“ Zu diesem günstigen Urteil aber hat Keynes vor allen Dingen deshalb ein Recht, weil die Sachverständigen an die Spitze ihres Gutachtens den Satz stellen, daß Deutschland nur existieren kann, wenn seine wirtschaftliche Einheit wiederhergestellt wird.

Das Gutachten grundsätzlich ablehnen, bedeutet die Verlagerung und Verengung des auf uns lastenden Drucks

seit dem Antritt der Ordnungsbund-Regierung von Krise zu Krise. Nicht anders ist es in Mecklenburg-Schwerin. Ministerpräsident v. Brandenstein hat — wie sämtliche Ministerpräsidenten des Reiches — dafür gestimmt, das Sachverständigengutachten anzunehmen — folglich muß er gehen. So wollen es die Deutschösterreichischen, und sie sind in dieser Forderung konsequenter als die Deutschnationalen, die sich öffentlich in schärfster Form gegen das Gutachten ausgesprochen, hinter geschlossenen Türen aber für seine Annahme stimmen. Die Folge ist ein heilloses Durcheinander in Mecklenburg-Schwerin. Die deutschnationalen Rechtsregierung kann ohne deutschösterreichische Hilfe nicht regieren, eine Regierung der großen Koalition ist nur mit Unterstützung der Deutschösterreichischen denkbar. Was wird die Folge sein? Die Mecklenburger Deutschnationalen haben es weit gebracht. Nach zwei Monaten bereits haben sie abgewirkt und hinterlassen ein Chaos, das nur zu sehr an das Chaos erinnert, das die reaktionäre Regierung in Bayern verursacht hat.

Soll sich das Mecklenburger Trauerspiel im Reich wiederholen? Auch hier wäre eine deutschnationalen abhängigen Regierung von der Deutschösterreichischen abhängig. Auch hier wären die Deutschnationalen gezwungen, Erfüllungspolitik zu treiben. Auch hier würden sie wie in Mecklenburg-Schwerin von den Deutschösterreichischen schachmatt gesetzt werden, und das Chaos würde hier zur Katastrophe werden, das zu verhindern gibt es nur einen Ausweg: den deutschösterreichischen Räten einmündigen, die sich wieder einmal in eine Katastrophenpolitik hineinmanövriert haben, das Handwerk zu legen, ehe sie Unheil angerichtet haben. Dafür zu sorgen ist die Pflicht jedes einzelnen am 4. Mai.

oder treibt uns über kurz oder lang in einen neuen bewaffneten Konflikt hinein, der für Deutschland vollkommen aussichtslos wäre.

Der neue Reichstag darf also keine Mehrheit haben, die die Dinge treiben oder es gar auf einen neuen bewaffneten Konflikt ankommen läßt. Es muß Erfüllungspolitik gemacht werden im dem Sinne der von uns unterstützten Erfüllungspolitik Bruns und Rathenau's, die nichts anderes zum Zweck hatte, als die Befreiung Deutschlands mit wirtschaftlichen Opfern zu erkaufen.

Wenn trotz dieser klaren Tatsachen heute wieder so viele denken folgen, die nationalitätliche Reden im Munde führen und eine aktive auswärtige Politik empfehlen, für die die Voraussetzungen nicht gegeben sind, so rührt das in erster Linie aus der entsehligen wirtschaftlichen Not der letzten Jahre, die den Boden für die Aufnahme der radikalen Parolen bereitet hat, wenn sie nur eine schnelle Heilung in Aussicht stellen. Auf diesem Boden konnte die Saat der Kommunisten sowohl wie der Deutschösterreichischen aufgehen. Auch die Kommunisten, die das Soziale in den Vordergrund stellen, bekämpfen außenpolitisch die Erfüllungspolitik, und die Deutschösterreichischen, die in erster Linie das sogenannte Nationale betonen, haben sich mit einem sozialen Programm versehen. Einem sozialen Programm freilich, an dessen Ernst kein Vernünftiger glauben kann, und das in einem bloßen Antikommunismus gipfelt. Die Kunst aller dieser Artze wird versagen. Voraussetzung der Gesundung ist die außenpolitische Verständigung und Ueberwindung des Nationalismus und gleichzeitig der entschlossene Bruch mit einer Wirtschaftspolitik, die neben der Rückwärtslosigkeit Frankreichs für die Rat des deutschen Volkes verantwortlich gemacht werden muß. Die Inflation hat die Sozialdemokratie mit allen Kräften zu bekämpfen gesucht. Sie stellte Anträge über Anträge, um durch die sogenannte Erfassung der Sachwerte, durch werbeständige Steuern u. a. das Gleichgewicht des Haushalts herzustellen und damit die wesentlichste Vorbedingung für eine feste Währung zu schaffen. All ihre Bemühungen scheiterten an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien, an dem Egoismus der Großindustrie und der großen Landwirtschaft und an der wahnwitzigen Kreditpolitik der Reichsbank. Den Vorteil hatten die Sachwertbesitzer in Industrie und Landwirtschaft, und erst in dem Augenblick, als Ende 1923 die Goldrechnung Platz zu greifen begann und die Inflationsgewinne ihren Vorteil schwinden sahen, entschlossen sie sich zu einer Tat, zu der die Sozialdemokratie sie Jahre lang verborgen mitzureifen versucht hatte. Die Rentenmarkt wurde geschaffen und ernstliche Anstrengungen wurden gemacht, den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Aber leider mußten jetzt die Kosten in allererster Linie die arbeitenden Schichten der Bevölkerung tragen, weil

Die Nutznießer der Inflation

auch das erreicht hatten, daß in der Zeit der Papiergeldwirtschaft die Arbeiter so verarmt waren, daß sich ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen schwächen und ihre Presse fast vor dem Untergang stand. Unter dem Schutz des Ermächtigungsgesetzes, dem die Sozialdemokratie zugestimmt hatte, um sich nicht den Vorwurf zuzuziehen, es habe sie irgend etwas verübt, was die Sicherstellung der Rentenmarkt gewährleistet hätte, legte der große Abbau ein, auch der Abbau der sozialen Reformen. Wir versuchen nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages in unseren Anträgen diesen verfehlten Methoden zu begegnen. Da wurde das Parlament aufgeschoben, und der Kampf wird jetzt nach den Reumahlen auszusichten sein. Wir wollen die Festigkeit der Währung erhalten leben. Aber wir wollen nicht, daß die Arbeitenden, die während der Inflation genügend gelitten haben, nun auch die Kosten des Wiederaufbaus tragen. Wir wissen, daß die Mark nur provisorisch stabilisiert ist. Eine Gefahr droht ihr nicht zuletzt von dem großen Defizit in unserem Außenhandel. Dieses Defizit wird nicht ausgeglichen, indem man auf die Böhme und die Lebenshaltung der Arbeiter drückt, denn unser Export hat zur Voraussetzung einen geistig und körperlich gesunden Arbeiterstand. Die hohen Preise unserer Industrie rühren nicht her von zu hohen Arbeitslöhnen, sondern sie sind vielmehr diktiert durch falsche Kalkulationen bei der Produktion, durch die Preisbildung der Syndikate und Trusts und durch die Ueberhebung des Zwischenhandels. Hier hat der Kampf einzusetzen.

Für die Wiederherstellung einer großzügigen Sozialpolitik für die Wiederherstellung vor allem des Achtstündentags, über den wir nach den Wahlen den Völkerräten anrufen wollen, für die Befreiung der Arbeiterklasse, die mit der Befreiung vom ausländischen Druck Hand in Hand gehen muß.

Diesen Kampf wollen wir nicht führen nach den kommunistischen Rezepten mit dem bewaffneten Aufwand, sondern mit den Mitteln der Demokratie auf dem Boden der Republik, die uns, wie sie sich heute darstellt, sicher nicht als ein Ideal erscheint, die uns aber eine Form ist, die wir nicht zerbrechen lassen, und der wir einen sozialistischen Inhalt geben wollen. Um diese Ziele zu erreichen, gehen wir in den Reichstag, von dem wir wissen, daß er nicht die einzige Waffe der Arbeiterklasse ist, aber doch eine Waffe, die nicht zerstört werden darf. Die letzten Entscheidungen werden in den Auseinandersetzungen zwischen den wirtschaftlichen Kräften der Arbeit und des Kapitals fallen, aber auch im Parlament sollen und wollen wir wirken, daß sich unsere Maßnahmen verwirklichen und daß einmal die Zeit kommt, von der Richard Dehmelt träumt:

Noch kommt einmal ein erster Mai,
Da steht das Volk in einer Reih',
Mit einem Schläge hat's alle Lüge
Ein paar Stunden zur Freude frei.

Ein wahres Wort an falschem Ort.

Seiterzeit in erster Zeit.

In einer Wahlzeitung finden wir folgenden fettgedruckten Ausruf:

Hand- und Kopfarbeiter!

Tausende von Versprechungen werden Euch gemacht, alle Parteien reihen sich um Eure Gunst. Glaub nicht darauf! Was kamplos versprochen wird, wird nie gehalten! Die Deutschnationalen gründen mit großen Geldern Arbeitervereine, ihre Agitatoren sind bezahlt.

Wir sagen Euch: **Erkämpfe Euch Euer Recht!** Nur das erkämpfte Recht ist werbeständig.

Wo steht das geschrieben? Wo ist dieser Ausruf zum Klassenkampf abgedruckt? Im „National Echo“, dem Nachrichtenblatt der Deutschen Volkspartei für den Wahlkreis Teilm-Beesdom! Der Ausruf endet mit einer Aufforderung, für die Partei Streifemanns zu stimmen. Worüber die Hand- und Kopfarbeiter wahrscheinlich herzlich lachen müssen. Denn in der Partei der Großindustriellen „Kämpfende Hand- und Kopfarbeiter, das ist zu spät!

Bei mir - Streichhölzer!

Die Deutsche Volkspartei läßt in Berlin Streichhölzer zum Abreiben gratis verteilen. Der Umschlag ist mit Lobprüchen auf die Partei geziert, die uns von roten Ketten freimacht.

Erau verkaufte sein Erstgeburtrecht für ein Einlenkerrecht. Wer verkauft der Volkspartei seine Seele für zwanzig Streichhölzer?

Ludendorff geht in den Reichstag.

München, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Ludendorff gibt folgende Erklärung bekannt: Die Nachricht, daß ich im Falle einer Wahl zum Reichstag mein Mandat alsbald nach erfolgter Wahl niederlegen würde, ist unrichtig.

Der Giftkrieg.

Das Sehnachtsziel der Rechtsparteier.

Haag, 1. Mai. (M.B.) In der Ersten Kammer erklärte gestern Ministerpräsident Ruys de Beerenbrood in Erwiderung auf einige Bemerkungen über die Frage der Bundesverteidigung, der chemische Krieg der Zukunft werde noch fürchtlicher sein als der letzte Krieg. Die Verantwortung der Staatsmänner sei dadurch noch schwerer geworden. Es wäre jedoch falsch, die Waffen fortzuwerfen, weil sie fürchtbarer geworden wären. Erst eine internationale Verständigung könne zu diesen Zielen führen.

Reichstagswahlen und Rentenmark.

Ein Rentenbankleiter für Katastrophopolitik.

So erfreulich es ist, daß es bisher gelungen ist, die Rentenmark stabil zu halten, so sicher ist es auch, daß diese Bemühungen bei unvorhergesehener außenpolitischer und wirtschaftlicher Lage auf die Dauer zum Scheitern verurteilt sind. Bekanntlich ist die Rentenmark als solche nur ein inneres Zahlungsmittel, das auf dem Weltmarkt nicht offiziell gehandelt wird. Solange aber auch außerhalb Deutschlands der Umrechnungskurs 1 Dollar = 4,2 Billionen Papiermark = 4,2 Rentenmark anerkannt bleibt, ist auch die Rentenmark als stabil anzusehen. Wie schwer es aber ist, diesen Zustand aufrecht zu erhalten, geht aus der einzigen Tatsache hervor, daß bereits seit Wochen an der Berliner Börse die wichtigsten Devisen nur in ganz minimalen Prozenzfällen, meist 1 Proz., zugestellt werden, während auf den ausländischen Börsen die Aufrechterhaltung des obigen Kurses einer unermüdlichen Wachsamkeit und Interventionstätigkeit der Reichsbankverwalter bedarf. Nur die Aussicht auf eine Gesamtregelung der Reparationsfragen und auf die dadurch bewirkte außenpolitische Entspannung und wirtschaftliche Erholung, die an die Arbeit der Sachverständigen seit Monaten geknüpft wird, hat dieses Kunststück der Stabilisierung bisher ermöglicht. Es ist aber klar, daß von dem Augenblick an, wo diese Aussicht infolge einer Weigerung Deutschlands, das Sachverständigenprogramm anzunehmen und durchzuführen, verschwindet, die Rentenmark automatisch zusammenbrechen und den Weg der Papiermark nehmen würde.

Das aber verschweigen geistlich alle diejenigen Parteien, die die Ablehnung des Sachverständigengutachtens — „trotzdem, was kommen mag“ — zu ihrer Wahlparole gemacht haben, nämlich die Deutschnationalen, die Deutschnationalen und die Kommunisten. In diesem Zusammenhang mag das Verhalten gewisser Leiter der Rentenbank besonders interessieren. Die industriellen Vertreter im Verwaltungsrat der Rentenbank, z. B. Dr. Sorge, Dr. Wücher und Kraemer, haben sich, ebenso wie der Reichsverband der Deutschen Industrie, für die Annahme des Berichtes ausgesprochen. Es ist übrigens ein offenes Geheimnis, daß es gerade die rheinisch-westfälische Schwerindustrie gewesen ist, die im Hinblick auf die unerträglichen Zustände, die durch die Ricm-Verträge hervorgerufen worden sind, mit aller Entschiedenheit von der ersten Stunde an bei der Reichsregierung kategorisch verlangt hat, daß die Anfrage der Reparationskommission unverzüglich in bejahendem Sinne beantwortet werde. Nebenbei bemerkt waren dies gerade solche Industriellen, die bis zur Ruhrbesetzung zu den Hauptbekämpfern und Saboteuren der Erfüllungspolitik gehörten.

Die agrarischen Vertreter im Verwaltungsrat der Rentenbank predigen im Gegenteil die Ablehnung des Gutachtens, entsprechend der vom Reichslandbund und von der Deutschnationalen Volkspartei, denen sie gleichfalls angehören, ausgegebenen Parole. So z. B. das Vorstandsmitglied des Reichslandbundes, Dr. Hillger. Dieser ist übrigens von Hause aus gar nicht Agrarier, sondern Veterinär, der insbesondere durch den Vertrieb von „patriotischer“ Literatur in den Kriegsbüchereien ein stattliches Kriegsvermögen erworben hat, das er zum Ankauf eines Rittergutes bei Neuruppin verwenden konnte. Nun bereift Dr. Hillger den Neuruppiner Kreis mit seinem Kraftwagen, den er trotz der bekannten „Rote der Landwirtschaft“ erwerben und behalten konnte, und hält „deutschnationale Reden in eigenen und in gegnerischen Wählerversammlungen. So trat er vor einigen Tagen in einer Dorfversammlung einem sozialdemokratischen Referenten entgegen, der auf die Bedeutung des 4. Mai im Zusammenhang mit der Reparationsfrage und auf die Notwendigkeit hingewiesen hatte, die Bildung einer Mehrheit von Ablehnern des Sachverständigenprogramms im neuen Reichstag unter allen Umständen zu verhindern.

Herr Hillger aber war ganz entgegengesetzter Meinung. Er behauptete natürlich, die Deutschland auferlegten Jahreszahlungen seien unerschwinglich, die Eisenbahn werde dem internationalen Kapital ausgeliefert — daß er dabei das Wort „jüdisch“ nicht gebraucht, rechnete er sich selbst schmunzelnd als besondere Sachlichkeit und Bornehmtheit an — kurz er trat unabweisend für Ablehnung ein. Er verfiel sich sogar zu der unvorsichtigen Behauptung, daß er in den letzten Tagen wiederholt Briefe aus England und Amerika erhalten hätte, die die Erwartung ausdrücken, daß Deutschland wieder einmal zeigen möge, daß es Rückgrat und

nationales Ehrgefühl besitze. Auf die Zwischenfrage des Referenten, ob er behaupten wolle, daß es Amerikaner oder Engländer gäbe, die Deutschland zur Ablehnung des Sachverständigengutachtens rieten, schränkte er allerdings sofort diese merkwürdige Erklärung ein mit der Bemerkung, daß er dies nicht habe behaupten wollen! Obwohl nun wiederholt der Referent an ihn die Frage richtete, ob er mit gutem Gewissen behaupten könnte, daß bei einer Ablehnung des Gutachtens durch eine rechtsgerichtete Reichstagsmehrheit, wie er sie wünsche, die Rentenmark auch nur einen Tag länger gehalten werden könnte, antwortete er auf diese entscheidende Frage überhaupt nicht!

Keine Antwort war in diesem Falle auch eine Antwort, und zwar eine sehr deutliche. Was soll man aber von solchen Verwaltungsratsmitgliedern der Rentenbank halten, die eine Politik empfehlen, die zum Zusammenbruch der Rentenmark führen muß? Was würde man im privatrechtlichen Leben von einem Industriellen, einem Kaufmann oder auch einem Landwirt denken, der den Ruin seines Unternehmens bewußt herbeiführt oder zumindest Transaktionen empfiehlt, von denen er wissen muß, daß sie mit dem Bankrott enden müssen?

Besetztes Gebiet und Reparationsplan.

Der Wirtschaftsausschuss für Annahme des Gutachtens.

Für die Annahme des Sachverständigengutachtens hat sich jetzt auch der Vorstand des Wirtschaftsausschusses für das besetzte Gebiet ausgesprochen, und zwar mit ähnlichen Vorbehalten, wie sie bereits der Industrie- und Handeltags geäußert hatten. Insbesondere wird die Wiederherstellung der Hoheit des Reiches im besetzten Gebiet und die Aufrechterhaltung der Tarifhoheit bei der Reichsbahn verlangt. Aus der Begründung der Entschlieung ist folgender Satz besonders bemerkenswert:

Die Verhältnisse, wie sie sich in der rüchsischen Ausbeutung des besetzten Gebietes als Reparationsprovinz einerseits und der überaus kritischen Lage der Finanzmärkte andererseits entwickelt haben, verlangen gebieterisch ein rasches und entschlossenes Handeln, wenn die deutsche Ud mit ihr die europäische Wirtschaft nicht gänzlich ruiniert werden sollen.

Wir glauben nicht, daß dieser Appell an das nationale Gewissen und an die wirtschaftliche Vernunft auf die Rechtspolitiker auch nur den geringsten Eindruck machen wird!

Deutschland und das Gutachten.

Erklärung des Reichskanzlers.

London, 1. Mai. (M.B.) Dem Berliner Berichterstatter des „Daily Express“ sagte Reichskanzler Marx:

„Die deutsche Regierung hat mit Befriedigung gesehen, daß England den Bericht als Ganzes und ohne Vorbehalte angenommen hat.

Obwohl der Sachverständigenplan Deutschland Lasten auferlegt, deren Durchführbarkeit erst die Zukunft lehren kann, hat die deutsche Regierung den Bericht als Grundlage für die Lösung des Reparationsproblems angenommen unter der Voraussetzung, daß die wirtschaftliche und fiskalische Einheit Deutschlands und seine Souveränität in den besetzten Gebieten sofort wiederhergestellt wird, wie es der Bericht vorseht. In der Antwort Englands glaubt die deutsche Regierung die Würdigung ihrer Auffassung zu erkennen, und sie hofft, daß es ohne Verzögerung geschehen wird, die wichtigste Voraussetzung für die Inangriffnahme des Planes zu schaffen.

Die deutsche Regierung ist zurzeit damit befaßt, die gesetzgeberischen Maßnahmen vorzubereiten, die der Sachverständigenbericht vorseht.

Die belgischen Minister in London.

London, 1. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die belgischen Minister Theunis und Hymans sind in London eingetroffen. Sie werden am Freitag mit Nachdruck die allgemeinen Angelegenheiten der Reparationsfrage und der Durchführung der Sachverständigenvorschlge besprechen. Das ist das erste Mal seit dem Ruhrereinbruch, daß britische und belgische Minister in persönlichen Beekantenaustausch treten.

Besprechungen in Washington.

Washington, 1. Mai. (M.B.) General Daves, Young und Roberison hatten eine lange Unterredung mit Präsident Coolidge, Außenminister Hughes und Schatzsekretär Mellon. Die Sachverständigen haben jede Erklärung über die Unterredung abgelehnt.

Descamps im Vorbereitungsausschuss.

Paris, 1. Mai. (E.L.) In französischen Kreisen wird antzählich der Ernennung des Direktors der Banque Generale du Nord, Descamps, zum Mitglied des Ausschusses für die industriellen Organisationen darauf aufmerksam gemacht, daß dieser als Vorgesetzter der Handelskammer von Lille als einer der Hauptvertrauensleute der industriellen Kreise Frankreichs gilt. Descamps ist außerdem Vizepräsident des Aufsichtsrates der Gesellschaft der Kohlengruben des französischen Nordens und als besonderer Kenner der Gruben und Kohlenfragen bekannt. Seine Ernennung zum Mitglied des Ausschusses für die industrielle Organisation wird in der Hauptsache auf seine Kenntnisse banktechnischer und industrieller Fragen zurückgeführt.

Die deutschen Eisenbahn-Sachverständigen in Paris.

Paris, 1. Mai. (E.L.) Die deutschen Sachverständigen im Komitee für Eisenbahnfragen, Staatssekretär Bagl vom Reichsverkehrsministerium und Staatssekretär a. D. Bergmann, sind bereits in Paris eingetroffen. Im Komitee zur Errichtung der Emissionsbank werden die deutschen Interessen vom Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und einem anderen Sachverständigen, der noch nicht ernannt worden ist, vertreten.

Die Ruhrbesetzung ein Abenteuer!

Erklärung der britischen Arbeiterregierung.

London, 1. Mai. (M.B.) Vor Schluß der gestrigen Unterhaus-sitzung lenkte Abg. Harvey (lib.) die Aufmerksamkeit des Ministeriums auf die Zahl der Deutschen, die jetzt wegen politischer oder anderer Vergehen infolge der Urteilsprüche alliierter Kriegsgerichte im besetzten Gebiet Gefängnisstrafen zu verbüßen hätten. Harvey fragte, ob für diese Fälle eine allgemeine Amnestie geplant sei, und richtete an die Regierung die Aufforderung, ihren Einfluß bei Frankreich und Belgien zur Freilassung dieser Gefangenen geltend zu machen. Unterstaatssekretär des Außenwesens Bonsonby versicherte Harvey, daß die von ihm erwähnten bedauerlichen Umstände dauernd die Aufmerksamkeit der britischen Regierung beschäftigten. Die von den Rheinländern eingelegten Proteste sowie die von der britischen Regierung unternommene Aktion in der Vialz seien dem Hause wohl bekannt.

Das Ruhrunternehmen sei ein Abenteuer, an dem England nicht teilgenommen habe,

und die von den französischen und belgischen Besatzungsbehörden dort verfügten Einrückungen seien von der britischen Regierung nicht zum Gegenstand amtlicher Vorstellungen gemacht worden.

Die Regierung habe indes die Frage keinen Augenblick aus dem Auge gelassen und sei bereit, allen Einfluß, den sie besitze, für die Wiederherstellung normaler Verhältnisse im besetzten Gebiet anzuwenden. In dieser Zeit aber, wo man vernünftigerweise die Regelung größerer Fragen erhoffen könne, fühle er sich nicht beehrcht, dieses Sonderproblem eingehender zu behandeln. Die Zeit sei für eine solche Erörterung noch nicht geeignet.

Befangungsjustiz.

Noch immer 140000 Ausgewiesene und 1700 Gefangene.

Amlich wird gemeldet:

Da in der Debatte im englischen Unterhaus über die Zahl der Gefangenen und Ausgewiesenen des besetzten deutschen Gebiets von Regierungsseite Zahlen angegeben worden sind, die nach den deutschen Feststellungen unzutreffend sind und nach Angabe des Regierungsvocreteters im wesentlichen auf französischen und belgischen Quellen beruhen, ist seitens der deutschen Öffentlichkeit hieraus der Schluß gezogen worden, daß die deutsche Regierung eine Information der auswärtigen Regierungen über diese Fragen unterlassen hat. Dies trifft, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, nicht zu. Die deutschen Missionen in den hauptächlichsten Ländern haben entsprechend den ihnen erteilten Instruktionen fortwährend die Regierungen, bei denen sie beurlaubt sind, auf die besondere Wichtigkeit der Frage der Gefangenen und Ausgewiesenen hingewiesen und haben bei diesen Gelegenheiten genaue Zahlen angegeben. Nach den letzten deutschen Feststellungen beträgt die Zahl der Ausgewiesenen aus dem gesamten besetzten Gebiet noch immer rund 140000. In den Gefängnissen des besetzten Gebietes befinden sich auf Grund von Anordnungen der französischen und belgischen Militärgerichte ungefähr 1700 Deutsche in Straf- und Untersuchungshaft. Diese Zahl verteilt sich auf die verschiedenen Kategorien folgenderweise: etwa 1000 befinden sich in Strafhaft, hiervon sind etwa 300 nach deutscher Auffassung als politische Gefangene anzusehen. In Untersuchungshaft befinden sich zurzeit etwa 700. Da die Voruntersuchung und das Ermittlungsverfahren nicht öffentlich sind, zum Teil sogar mit einem absoluten Geheimnis umgeben werden, lassen sich durchaus zuverlässige Angaben über den Charakter der diesen Untersuchungsgefangenen zur Last gelegten Taten nicht machen. Schätzungsweise dürften etwa 300 von diesen Untersuchungsgefangenen als Gefangene politischen Charakters anzusehen sein. In Gefangenenanstalten Frankreichs und Belgiens sind im ganzen 54 Deutsche verhaftet worden.

Die Militärkontrolle.

Paris, 1. Mai. (M.B.) Hovas veröffentlicht folgendes Kom-munique: Die Volschafferkonferenz hat sich in einer heute vormittag abgehaltenen Sitzung mit laufenden Angelegenheiten sowie mit der Antwort beschäftigt, die demächst Deutschland in der Frage der internationalen Militärkontrolle erteilt werden soll. Diese Note wird nicht vor nächster Woche nach Berlin abgehen können.

Amerika fordert Abrüstung.

Der Kongress wünscht eine Weltkonferenz.

London, 1. Mai. (M.B.) Der Senat hat das Marinebudget von 275 Millionen Dollar genehmigt. Senat und Repräsentantenhaus haben eine Klausel hinzugefügt, betreffend Einberufung einer Konferenz über die Rüstungen in der Luft und zu Lande. In der Klausel wird gefordert, daß die Einladung zu einer solchen Konferenz sich nicht auf die Teilnehmer an der Konferenz von 1921 beschränken, sondern auch Nationen umfassen solle, deren Teilnahme der Präsident für ratsam erachtet.

Die Liberalen für Snowden.

London, 30. April. (M.B.) Die Versammlung der Liberalen Partei im Unterhaus dauerte zwei Stunden. Ihr Ergebnis war die allgemeine Übereinstimmung, das Budget Snowden zu unterstützen, vom dem Asquith sagte, er betrachte es als eine Rechtfertigung für den Beschluß der Liberalen Partei, die Regierung Baldwin zu stürzen.

Arbeiterpartei für Schutz Zoll.

London, 1. Mai. (M.B.) Im Unterhaus haben drei Mitglieder der Arbeiterpartei sowie der Abgeordnete für Coventry, dem Mittelpunkt der Rotorindustrie, einen Abänderungsantrag zum Budget eingebracht mit dem Ziel einer Fortführung des Mac-Kenna-Schutzzolls bis zum Mai 1925.

Deutsch-polnische Konferenz in Wien.

Wien, 1. Mai. (M.B.) In der Burg fand gestern die Eröffnungssitzung der polnischen und der deutschen Delegation statt, die über die Auslegung der Bestimmungen des Winderhaltenvertrages vom 28. Juni 1919 zu beraten haben. Die beiden Delegationen beschlossen auf Anregung des Vorsitzenden, der österreichischen Regierung für ihre in der zuvorkommensten Weise gewährte Gastfreundschaft den wärmsten und verbindlichsten Dank zum Ausdruck zu bringen.

Eine Kroatenkonferenz verboten.

Wien, 1. Mai. (M.B.) Die von dem Führer der Kroaten in Südbanien (Rabich) geplante Einberufung einer Winderhaltenkonferenz in Wien hat der österreichischen Regierung Anlaß gegeben, den kroatischen Politikern zu verständigen, daß sie eine derartige Veranstaltung auf österreichischem Boden nicht würde zulassen können. Bei aller weitherzigen Auffassung des Mikrechts würde die Veranstaltung einer Winderhaltenkonferenz in Wien sicherlich in den meisten Nachfolgestaaten unliebbar empfunden werden und auf die Beziehungen Österreichs zu diesen Staaten ungünstig zurückwirken.

Ein Polizeioberleutnant als Spion.

Breslau, 1. Mai. (E.L.) Der Straßennat des Breslauer Oberlandesgerichts verurteilte den 27 Jahre alten Polizeioberleutnant Adolf Bachner wegen Spionage zugunsten Frankreichs und Bolens zu 12 Jahren Zuchthaus. Bachner war in Katowitz mit dem französischen Kapitän de Roux, der dort ein Nachrichtenbureau unterhält und Arbeiter ins Ruhrgebiet entbande, in Verbindung getreten, hatte für ihn Reisen unternommen und ihm in 30 Briefen allerhand Mitteilungen gemacht, deren Geheimhaltung im Interesse des Deutschen Reiches gelegen war.

Frankreich und der Osten. Die Reize des Gouverneurs von Indochina nach Tokio — vorgebildeter Zweck: Verlobungsgeldwunsch — soll dem Abichluß eines francojapanischen Bündnisses dienen. — Die Türkei gedenkt, die transkaspische Fluggesellschaft auszuweiten; man bringt ihre Fliegerei mit dem Zustand an der türkischen Grenze in Zusammenhang.

Fünf Todesurteile in Petersburg. Das Petersburger Kriegsgericht hat fünf Finnländer wegen Spionage zum Tode verurteilt. Die Anklage hatte auch auf Verurteilung Sprengung von Brücken gelaufen.

Die Maifeiern.

Massenbesuch bei allen Veranstaltungen von Partei und Gewerkschaften.

Er ist still verlaufen, der erste Mai, also würdevoll, wie es die Sozialdemokratie gewollt und verlangt hat. Die besonnenen Berliner Arbeiter haben sich gestern nicht durch das Maulheulen der Kommunisten, durch ihr Säbelraufen und hurrageschrei aufpeitschen, oder gar aufputschen lassen. Triibe und kühl dämmerte der erste Mai heraus. Aber dann klärte sich das Wetter auf und die Luft wurde warm, so daß die Abteilungen, die für den Vormittag Ausflüge und gemeinsame Spaziergänge ihrer Mitglieder veranstaltet hatten, auf ihre Rechnung kamen und den wohlverdienten Ruhetag genießen konnten. Die Straßen Berlins hatten im allgemeinen ihr Aussehen nicht verändert. Das Leben mit seiner Geschäftigkeit und Unrast ging seinen alten Gang, die Straßenbahn, die Omnibusse, die Stadtbahn und die Hochbahn verkehrten. Nur in den Arbeiterquartieren mußte es auf den Straßen wie am Sonntag an. Hier ruhte der große Verkehr der Lastwagen, der Transportfahrzeuge und der Möbelwagen. In den anderen Teilen der Stadt sah man wenig von der Maifeier, und wenn eine neue und kleine Partei den gestrigen Tag dadurch glaubte am besten und wirkungsvollsten ausnützen zu können, daß sie aus rotlackierten Autos Flugblätter unter die Menschen werfen ließ, so hatte man nur ein Acheln dafür übrig. Eine Verkehrsstörung, die zuerst ein wenig bedenklich aussah, gab es für kurze Zeit vor dem Lokal „Neue Welt“ in der Hofenstraße, wo die Gewerkschaft der Holzarbeiter die Maifeier beging. Der hier kommandierende Beutnant der Schupo hatte durch ein Versähen auch den Eingang zum Lokal absperrt lassen. Infolgedessen stauteten sich die Massen. Aber bald wurde das Hindernis beseitigt. Die Versammlungen der Gewerkschaften in den größten Sälen Berlins waren sehr stark besucht. Am Nachmittag fanden die Maifeiern der einzelnen Kreise statt, und auch hier war der Besuch überall groß. Auf den Straßen aber zu den Lokalen war es lebhaft bewegt von unseren Genossen, die zu der Maifeier wanderten.

Die Feiern der Gewerkschaften.

Bereits am Vormittag hatten die Gewerkschaftskommission, die Industrieorganisation und die einzelnen Verbände ihre Mitglieder zu einer ganzen Reihe von Feiern in den größten Sälen Berlins versammelt. — Überall Massenbeteiligung, brochend volle Säle, Parallelveranstaltungen. Ganze vor 10 Uhr, dem allgemeinen Versammlungsbeginn, war die Veranstaltung des Baugewerksbundes im Saalbau Friedrichshagen überfüllt, so daß im Garten eine zweite Versammlung arrangiert werden mußte. Der Kampf um den Achtstundtag und die Ausrüstung im Baugewerke hatten gerade die Bauarbeiter mit besonderer Eindringlichkeit auf die Bedeutung des 1. Mai hingewiesen. Genosse Crispian hielt die Festrede. Im Garten der Brauerei Königstadt waren die Bekleidungs- und Textilarbeiter, die Hutmacher und die Friseur zur gemeinsamen Maifeier versammelt. Der Hauptorganisator des Bekleidungsarbeiterverbandes, Genosse Pleiß, hatte das Referat übernommen. Überaus zahlreich waren die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie dem Ruf der Organisationen zur Arbeitsruhe und zur Beteiligung an der Maiversammlung gefolgt. Von der stimmungsvoll dekorierten Bühne des Bahalltheaters sprach Reichstagsabgeordneter Aufhäuser zu den Erschienenen. Im Tunnel mußte eine Parallelversammlung abgehalten werden, in der Genosse Hellwig referierte. In der Vormittagsveranstaltung des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, denen sich die Mitglieder der verschiedenen Organisationen der Bäcker, Fleischer und der Gastwirtschaftlichen angeschlossen hatten, sprach Genosse Hegel über die Bedeutung des 1. Mai. Die Männerchor der Bäcker und der Gastwirtschaftlichen sangen Arbeiterlieder. Die Angehörigen des graphischen Gewerbes füllten den großen Saal und die Nebenräume der Backbrauerei in der Fricidenstraße bis auf den letzten Platz. Reicher Beifall lohnte den Festredner Verbandsvorsitzenden Haj für seine vorzüglichen Ausführungen. In der Königsplatz waren die Mitglieder des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes außerordentlich zahlreich erschienen, um für den Gedanken der Maifeier zu demonstrieren und das Referat ihres Hauptorganisierenden Gen. Müntzer anzuhören. Die Arbeiter des Verkehrs, soweit sie im Verkehrsband und im Deutschen Eisenbahnerverband organisiert sind, veranstalteten in den Gesamtträumen des Gewerkschaftshauses unter fester Beteiligung ihre Maifeier. Hier sprachen die Genossen Dreffel, Bergmann, Wieloch, Röllinger, Echo und Oltersdorf zu den Massen. Wohl am eindrucksvollsten war die Rundgebung der Holzarbeiter. Saal und Garten der Neuen Welt waren überfüllt, ein Zeichen dafür, daß die kämpferische Arbeiterkategorie Berlins durch keine Gewaltandrohung ihrer Arbeitgeber von der Durchführung der Arbeitsruhe am Weisfesttag abzubringen ist. Die Arbeitsruhe im Gewerbe war vollständig. — Heraus aus dem Glend, hinein in die Sonne, schloß Zentralvorsitzender Larnow seine Festrede; die Erde ist reich genug, um alle Not zu stillen. Nicht die Natur, sondern die Menschen verfolgen sie uns. Fort mit der Völkerwehregung! Für Völkerwehregung, für Frieden und Freiheit ist unsere Parole des 1. Mai. Wachtvoll brauste die Internationale durch den Raum.

Die Maifeiern der Gewerkschaftsunterkommissionen in Charlottenburg, Spandau, Tempelhof und Wilmersdorf nahmen ebenfalls einen glänzenden Verlauf. Der Besuch der Veranstaltungen war sehr stark, der Geist ein würdiger. In den Concordia-Festsälen in Spandau war die Rundgebung so stark besucht, daß Tische und Stühle hinausgetragen werden mußten. Das ist um so mehr bemerkenswert, weil die SPD in Spandau in einem Flugblatt offen die Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert hatte, die Feiern zu sabotieren. Ernte Regitationen und die gefälligen Darbietungen des Arbeitergesangsvereins „Hoffnung“ in Spandau umrahmten die Veranstaltung. Den Festvortrag hielt Genosse Hildesheimer. Mit einem braulenden Hoch auf den Sozialismus wurde die Versammlung geschlossen. Dem Rufe der Gewerkschaftsunterkommission in Tempelhof waren mehr als 1000 Personen gefolgt, so daß der große Saal die Teilnehmer nicht aufzunehmen vermochte. Eingeleitet wurde die Feier durch Gesänge des Volkschors Tempelhof-Variandorf. Das Referat über die Bedeutung des 1. Mai hielt Genosse Drtmann. Mit einem Hochruf auf die Internationale schloß der Leiter die von gutem Geist getragene Versammlung. — Auch in Wilmersdorf strömten die Massen zur Rundgebung, so daß sich auch hier der bestellte Saal im Viktoriagarten als viel zu klein erwies. Selbst der zu Hilfe genommene große Saal war überfüllt. Die Darbietungen des Wilmersdorfer Männerchors und der Orchestergruppe des Musikverbandes „Arbeiter und Ton“ und „Gruß an den Mai“, geben der Veranstaltung wehrvolles Gepräge. Genosse Klotz, Vorsitzender des Verkehrsverbandes, hielt die Festrede. Durch den Gesang der „Internationalen“ fand die Feier einen würdigen Abschluß. — Auch in Charlottenburg war die Rundgebung sehr stark besucht, und die Feier verlief ruhig und würdig. Überall hatte ein

gut organisierter Ordnungsdienst den Saalschutz übernommen, und zu nennenswerten Zwischenfällen kam es wohl an keiner Stelle. Die Worte des Redners fanden stürmischen Beifall. Der Sinn aller Ausführungen kam in folgenden Forderungen zum Ausdruck: 1. Ausbau von Arbeiterschutz und Versicherungs. 2. Schutz der werdenden Mütter. 3. Ausbau des Arbeiterschutzes, Anerkennung des Achtstundtags. 4. Verbesserung des Betriebsratgesetzes. 5. Ausbau der Erwerbslosenfürsorge. In Charlottenburg nahmen an der Saal Genosse Pfaffensticker, während der Volkschor Echo einige seiner schönsten Lieder vortrug und der Referator Hans Fuhrmann durch den Vortrag von Freiheitsgedichten und politischen Satiren die Zuhörer zu starkem Beifall hinriß. Der Gesamteindruck der Veranstaltung in dieser Hochburg der Masse- und Bestarparteien war sehr gut. Alle Vorträge gipfelten aber in dem Gelobnis: Krieg dem Kriege!

Der Zentralverband der Angestellten hatte seine Mitglieder in Haberslands Festsälen zusammengerufen. Schon lange vor Beginn der Versammlung strömten die Teilnehmer dem Lokal zu. Oft konnte man hören, wie in scharfen Worten das Verhalten der Kommunisten, die bekanntlich zu StraßenDemonstrationen aufgefordert hatten, verurteilt wurde. Als ein Männerchor die Rundgebung mit dem Liede „Ich warte dein“ stimmungsvoll eröffnete, waren auch die Gänge dichtbesetzt. Nach einer registrierenden Darbietung ergriff der Vorsitzende der Ortsgruppe Berlin des IdV, Genosse Gottsfrucht, das Wort und würdigte in fesselnder Form die Bedeutung des 1. Mai für die Angestellten. Der Gesang des Männerchors beschloß die Feier. — Die Steinarbeiter versammelten sich in den russischen Sälen. Hier machten anwesende Kommunisten den Versuch, einen Antrag durchzubringen, der verlangte, daß die SPD einen — Korreferenten stellen könne. Die Steinarbeiter lehnten diesen unfürsinnigen Antrag glattweg ab. Nachdem ein Männerchor einige Liedchen zum Vortrag gebracht hatte, ergriff der Landtagsabgeordnete Genosse Otto Meier das Wort zu Ausführungen, die lebhaften Beifall im vollbesetzten Saal fanden. — Einen besonders schönen Verlauf nahm die Feier des Böttcherverbandes im überfüllten Hause des Rosenthaler Hofes. Der Referent, Kollege Rasche vom ADB, erinnerte daran, daß es die Berliner Böttcher waren, die am 1. Mai 1894, also vor 30 Jahren, den 1. Mai festlich begingen und dafür von den Berliner Brauherren ausgepöbelt wurden. Der Kampf, der dann weitere Kreise zog und dreiviertel Jahr währe, ist bereits ausführlich in der Mittwochnummer des „Vorwärts“ dargelegt. Die Feiern wurden umrahmt durch Gesangschor des Schubert-Chors, der vom Arbeiterfängerbund bereitwilligst in Stärke von 90 Sängern zur Verfügung gestellt war. Zum Schluß wurde die Internationale von den anwesenden Böttchern stehend mitsungen. Der Verbandsvorsitzende schloß die Festversammlung mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung. — Nahmen diese Veranstaltungen einen würdigen Verlauf, so war bei den Dachdeckern in den Sophien-Sälen das Gegenbild der Fall. Von Beginn an verfolgten hier die Kommunisten den Redner, Genossen Kaspar, in seinem Referat zu stören. Unwürdige Zwischenrufe durchwirren den Saal, und es hatte den Anschein, als ob die geplante Versammlungsprengung den Moskauer Krakeulen gelingen sollte. Nur mit großer Mühe konnte Genosse Kaspar seinen Vortrag beenden.

Zuerst für den Aufstieg der Arbeiterbewegung nach dem Kriegs- und Inflationssehd, das war das Kennzeichen der Maifeiern der Gewerkschaften Berlins.

Die Feiern der Partei.

Nur dürfte der Tag des ersten Mai so dicht an ein weltgeschichtliches Ereignis herangerückt gewesen sein wie dieser Sonntag an die deutsche Reichstagswahl. Vermutlich wird es wiederum, wie in allen Jahren, nicht wenig bürgerliche Zeitungen geben, die in bekannter Manier über die Vergnügenslust der Sozialdemokraten zeln. Als ob, was die Dauer und die Intensität des Genießens anlangt, jeder seine Schützen, Krieger- und Stahlwehreinheit in dieser Hinsicht nicht weit überlegen wäre. Schützenfeste von acht Tagen ununterbrochener Dauer sind in der Provinz gar nichts Seltenes. Und doch sind die Feiern der Sozialdemokratischen Partei am ersten Mai in keiner Weise mit irgendeiner Feiern irgend einer bürgerlichen Organisation zu vergleichen. Die in Gewerkschaften und in der Sozialdemokratischen Organisationen versuchten in immer stärkerer und einschneidender Weise nach künstlerischen Ausdrucksformen ihrer Klasse zu suchen. Seit Jahrzehnten gehören dazu in erster Linie die Arbeiter-Gesangsvereine. Sie haben das große Verdienst, zuerst mit der üblichen bürgerlichen Liedertafeln und ihrer unwürdigen byzantinischen Verbordlichung der Denkmäler und des Militarismus und der poetisch verkleideten patriotischen Phrasen gebrochen zu haben. Der Weg war unglücklich schwer und steinig. Diese rauhen ungefügen Männerchöre sollten erst gebildet und gezogen werden. Und es gelang. In den letzten Jahren haben auch in diesem Jahr wieder die Arbeiter-Gesangsvereine herrliches geleistet. Kampf, Trug- und Freiheitslieder von überwältigender Kraftfülle brauchen gestern in all unseren Veranstaltungen in die Seelen der oft zaghaft und zweifelnd Gewandenen. Die Bedeutung des Arbeiterklassens für die Entfaltung des Kampfes und Trugwillens der Massen kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. Auch die reifere Jugend trat von Jahr zu Jahr mehr zu der künstlerischen Gestaltung der Maifeiern bei. Keine künstlerische Ausdrucksform entzweit sich heute einer so weitgehenden Beliebtheit wie der Lanza- und unsere sozialistischen Jugendlieder lassen es sich aneignen sein, die mannigfachen alten und neueren Volkstänze erfolgreich und heftig neben die modernen Tanz und Jazz auf den Bühnen vorzuführen. Schöne Bilder erstrahlten gestern das Auge, wenn sich die Mädchen zu abwechslungsreichen Reigen tänzen zusammenfanden. Die Temperamente der einzelnen Tänzlerinnen gaben sich hier wie sie sind, ganz anders als im uniformierten Gesellschaftstanz. Die junge Natürlichkeit kommt zum Durchbruch und reißt die Alten mit. Reges Interesse wurde besonders dort ausgelöst, wo die Arbeiterturner auftraten. In ihnen wie in allen übrigen Arbeiterpartnern lebte sich die körperliche Elite der deutschen Arbeiterklasse vor. Der Arbeiterturner ist gewissermaßen die Garde des Proletariats. Prachtvoll gebaute Männer und Jünglinge jeder in den Gelenken von Kraft und Biegsamkeit. Immer mehr strömen den Arbeiter-Turnvereinen zu, immer mehr lösen sich aus dem bürgerlichen Lager. Jede Rundgebung der Bürgerlichen sagt es deutlich, laut oder leise, daß sie das Turnen nur als Vorbereitung für späteren Krieg ansehen. Denn von sich weiß der Arbeiterturner eine solche intime Einstellung. Ihm ist das Turnen Mittel zur Geseunderhaltung seines Körpers. — Aus den Worten unserer Redner bei den gestrigen Feiern aber ätztete mehr oder minder deutlich doch die unausgesprochene Erregung und Spannung, die die Massen und ihre verantwortlichen Führer heute, drei Tage vor der Entscheidung, gepackt hält. Was wird der 4. Mai bringen? Aber die Massen werden von Tag zu Tag unerschütterlicher. Die Selbstentscheidung aller sich um Schwarz-Weiß-Mai scheidenden Parteien wird mit jedem Tag deutlicher und gemainer. Die Selbstbestimmung der Hand- und Kopfarbeiter wird mit jedem Tag offensichtlich. Das Hoch auf unsere Partei fand überall einen gewaltigen tragfähigen Widerhall.

Ein Appell zur Entschlossenheit.

Unter den Rednern sprachen zur Berliner Arbeiterklasse auch die beiden Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Renner und Otto Bauer. Genosse Renner führte aus: Die österreichischen Sozialdemokraten haben mehr als 50 Jahre in inniger Verbindung mit der deutschen Sozialdemokratie gestanden. Daher gibt es keinen österreichischen Arbeiter, der sich heute nicht fragt, was wird am 4. Mai in Deutschland geschehen. Wir Österreicher haben unsere Reaktion mit Erfolg in unseren starken Arm genommen. Aber sie wartet jetzt auf den Erfolg der Reaktion in Deutschland. Der 4. Mai und der Sonntag darauf sind nicht nur für Österreich, sondern für ganz Europa Schicksalstage. An diesen Tagen entscheidet sich, ob Europa endlich der sichereren Zeit des Friedens, des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, der steigenden Wohlfahrt aller Völker entgegengehe, oder ob wiederum ein Krieg Europa in Blut und Tränen tauchen soll. Ueberall hebt die Reaktion gegenwärtig ihr Haupt. In Deutschland erleben sie einen wahren Hexensabbat. Aber schon sehen wir eine Wende der Zeit. Allmählich kommt die Bevölkerung Europas zur Besinnung. Noch ist zwar Frankreich eingestürzt auf Militarismus, Zwang und Ausbeutung des Sieges. Aber in England hat die Arbeiterpartei die Fäden der Regierung ergriffen und sofort hat sich das Bild Europas gewandelt. Die englische Arbeiterklasse wartet darauf, wie Deutschland, wie Frankreich auf ihren Sieg antworten wird. Diese zwei Wochentage entscheiden daher auch über den fähigen Versuch der englischen Arbeiterklasse, als Rindherde die Regierung zu ergreifen, um der Welt den Frieden zu geben. In Dänemark ist Stauning Ministerpräsident geworden. In Belgien empören sich die Massen gegen die Gefolgshand Poincaré. Auch in Frankreich erüchten sich die Geister. Lassen Sie zu, daß in Deutschland die Reaktion zur Herrschaft kommt, dann wird das französische Volk nationalstolz antworten und die Stimmen Englands werden ungehört verhallt sein. Die deutsche Arbeiterklasse muß daher guten Mutes und entschlossen am Sonntag zum Kampf gehen, der ein Kampf ist für die Arbeiterklasse aller Völker.

Mißlungener Kommunistenmarsch.

Die Kommunisten hatten schon wochenlang vor dem 1. Mai angekündigt, daß sie allen Verbots zum Trotz demonstrieren würden. Ihr geheimer Wunsch war dabei, Zusammenkünfte mit der Polizei zu provozieren, um danach die Wahlpote, der Sozialdemokrat Richter schieft auf Arbeiter zugestimmt zu machen. Diese echt arbeiterfeindliche Absicht wurde aber durch das rechtzeitige Eingreifen der Polizei verhindert. Entsprechend der von der kommunistischen Partei Brandenburg ausgegebenen Parole sammelten sich die Mitglieder der SPD, morgens vor ihren Zahnstellen und zogen dann zu den Bezirksversammlungen. Die Polizei, die sich in erhöhter Alarmbereitschaft befand, war jedoch überall vorbereitet und löste die anziehenden Truppen an vielen Stellen auf. So wurden in Neukölln und Bismarckpark, in der Schönhauser Allee sowie in der Frankfurter Allee kleinere Züge von 150 bis 200 Personen von Patrouillen der Schupo aufgelöst und ohne Waffengebrauch aufgelöst. Ebenso hatte die Polizei unter Leitung von Oberst Kaupisch rechtzeitig den ganzen Lustgarten abgesperrt.

So daß die Demonstranten nicht zum Ziele kamen. Sie hielten dann die Schloßfreiheit, die Breite Straße, den Kupfergraben und den Schinkelplatz in dichten Massen fest. Ebenso drängten sich viele Reugierige, die überhaupt das Hauptkontingent der „Demonstranten“ bildeten, am anderen Ufer der Spree in der Burgstraße und Königsstraße. Das ganze Schauspiel machte den völligen Eindruck der Planlosigkeit und hilflosen Verwirrung, der noch verstärkt wurde durch das räuberische Benehmen der zahlreichen jugendlichen Kommunisten, die sich durch Schimpfereien und alberne Herausforderungen der Schupo besonders hervorboten. Gegen 11 Uhr wurden dann die Breite Straße und die angrenzenden Zugangswege geräumt. Als die Säuberungsaktion fortgesetzt werden sollte, fiel plötzlich aus der Menge heraus ein Pistolenschuß, der aber glücklicherweise keinen Schaden anrichtete. Auf diesen Schuß hin griff dann die Polizei mit starken berittlenen Kräften ein und jagte die Demonstranten auseinander. Ebenso wurden die Linden bis zur Oper herunter durch starke Streifen der Schupo wiederholt gesäubert. Gleichwohl blieb bis in die Nachmittagsstunden hinein Scharen von Reugierigen in allen Zugangsstraßen zum Lustgarten versammelt. Zu eigentlichen Sitzungsversammlungen kam es dort aber nicht mehr. — Dagegen kam es in der Prinzessinnenstraße zu einem bewährlichen Zusammenstoß mit der Polizei, wobei ein Arbeiter Joseph Rambo durch einen Schuß am Kopfe verletzt wurde. Weitere blutige Verletzungen sind nicht zu verzeichnen. Gegen 3 Uhr herrschte in ganz Berlin wieder völlige Ruhe.

Einen Dienst haben die Kommunisten der Arbeiterklasse mit dieser sinnlosen Herausforderung nicht erwiesen. Auf das schärfste muß aber die Verantwortungslosigkeit gerügt werden. Kinder zu Demonstrationszwecken zu mißbrauchen, wie es gestern geschah. Es muß traurig um eine Partei bestellt sein, wenn sie, der Kaitation zuliebe, unmündige Kinder in die Gefahr der Feuerlinie bringt.

Beamte in Deutschland und in Oesterreich.

In der gestrigen Beamtenversammlung der SPD in Charlottenburg, Schillerstr., sprach zunächst Reg. Oberinsp. Genosse Biermann. Er schilderte die außenpolitischen Folgen unserer Wahlen, insbesondere auf die Kammerwahlen Frankreichs, und ging dann auf die Bedeutung der Wahlen für den Beamten ein. Das Schicksal des Beamten in den einzelnen Entwicklungspunkten unseres Staates (Monarchie, Anfang der Republik usw.) wurde treffend, mit Humor durchwürgt, vor Augen geführt und daraus Schlüsse für die neuen Wahlen

gezogen. Als nächster Redner sagte Ministerialrat Benoit Falkenberg der neuen Regierung ein Parlament auf schwachem Boden voraus. Er streifte die Entwicklung der Dinge in England, Dänemark und zeigte, daß auch Poincarés Stern im Sinken begriffen ist. Eingehend sprach er sich über die Steuererhebung aus, nachdem sein Vorgänger bereits einiges vorgelegen hatte und zeigte die Unmöglichkeit der Form des Beamtenabbaus, dabei ließ er auch ein großes Schlaglicht auf die Tätigkeit der Rentner fallen. Von stürmischem Beifall begrüßt konnte darauf der österreichische Staatskanzler A. D. Renner das Wort ergreifen. Er zog eine Parallele unserer politischen Entwicklung zu der Oesterreichs. „Die Oesterreicher haben schon alles hinter sich.“ Dort ist 1920 der „Rechtszug“ gekommen, verbunden mit völkischem Trara, Judenhetze usw. usw. Schon nach drei Jahren hatte man die Nase voll“ und 1923 standen alle Beamten mit Ausnahme einer kleinen Gruppe „höherer“ wieder links. Auch den Angehörigen des Heeres sei es in Oesterreich möglich, für sich alle in der Verfassung gegebenen Rechte in der Praxis in Anspruch zu nehmen. Auch in Deutschland werde die Entwicklung voraussichtlich ähnliche Wege nehmen, wenn die Beamten verständen, sich an der Seite der Arbeiter und Angestellten zu einer unüberwindlichen Macht zu formieren. Die Umstellung der Beamten zu erreichen, sei nicht leicht, denn sie bedeute eine feilsche Revolution. Mit einem warmen Appell an die Beamtenschaft, am 4. Mai der SPD, ihre Stimme zu geben, schloß der Redner seine Darlegungen, die, ebenso wie die Ausführungen der beiden anderen Referenten, starken Beifall erzielten. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

Die gefüllte Bonbonniere.

Der Fall eines beschuldigten Wohnungsamtbeamten.

Zum zweiten Male beschäftigte sich gestern die Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Pözl mit einer Wohnungsscheidung, die sich gegen drei Angestellte des Wohnungsamtes Prenzlauer Berg richtete, nachdem die Strafkammer in erster Instanz seinerzeit zu einer Freisprechung mangels Beweises gekommen war. Staatsanwaltstaftor Dr. Berliner hatte jedoch Berufung eingelegt und die erneute Beweisaufnahme ergab in manchen Punkten ein wesentlich anderes Bild, indem es recht merkwürdige Praktiken enthüllte, die bei den Wohnungsscheidungen angewendet waren.

Die Fleischwarenfirma Jaupel u. Haake hatte in der Landsberger Allee Räume, die an die Wohnung des Gastwirts Wenzel fließen. Durch den Gewerbebetrieb, namentlich durch die Kühlräume, waren die Wände der Wohnung feucht geworden, so daß das Wasser hinunterließ. Die Fleischwarenfirma benötigte zur Vergrößerung ihres Betriebes dringend der Räume des Gastwirts und wollte diesen heraus haben. Der Angestellte des Wohnungsamtes, Architekt Walter Schmidt, stellte ein Gutachten aus, daß die Wohnung für menschlichen Aufenthalt ungeeignet sei, so daß der Gastwirt heraus mußte. Die Firma übernahm dann die Räume für ihre Zwecke. Als das Ermittlungverfahren eingeleitet wurde, waren die Akten und insbesondere der Bericht des Architekten verschwunden. In der gleichen Weise waren die Akten bei einer zweiten Wohnungsscheidung, an der auch Schmidt beteiligt gewesen war, abhanden gekommen. Ein Ehepaar Klug hatte eine Dreizimmerwohnung und wollte eine größere haben. Auf Anraten von Schmidt nahm man die Schwester in die Wohnung und erklärte, daß auch noch zwei weitere Personen einziehen könnten. Für diese fünf Personen wurde eine größere Wohnung verlangt, und Schmidt befürwortete die Dringlichkeit, so daß das Ehepaar die Zustimmung einer Fünfstückerwohnung erzielte. Um nun die größere Wohnung zu beschaffen, beschloß Schmidt eine alte Frau zwei Zimmer ihrer Fünfstückerwohnung und machte sie durch weiteres rigoroses Vorgehen so mürbe, daß sie schließlich in den Wohnungsaustausch mit dem Ehepaar Klug einwilligte. Zum Dank für seine Bemühungen wurde Schmidt mit seiner Braut vom dem Ehepaar eingeladen und bei dieser Gelegenheit wurde der Braut eine Bonbonniere überreicht, in der fünfhundert Mark lagen. In dem ersten Fall sollten außer Schmidt noch die Angestellten des Wohnungsamtes Eberhagen und Boetsch Zuschnitten in Gestalt von freier Jade und Fleischwaren erhalten haben. Deshalb war der Direktor der Gesellschaft, Robert Freitag, wegen Bestechung mitangeklagt. Letzterer bestritt jede Schuld. Das Gericht kam nach längerer Beratung zu der Überzeugung, daß in dem Falle Jaupel u. Haake grobe Pflichtwidrigkeiten vorgenommen seien, und daß der Angeklagte Schmidt unläuterer Mittel angewendet habe. Da das Gericht aber nicht die Überzeugung gewinnen konnte, daß Freitag die Angestellten bestochen hatte, mußte auch die andere Anklage zusammenfallen. In dem zweiten Falle Klug hat das Gericht die Überzeugung gewonnen, daß Schmidt bestochen worden war. Gegen beratige Angestellte müsse im

Interesse der öffentlichen Ordnung aufs äußerste zugefaßt werden. Es verurteilte ihn wegen Bestechung zu 3 Monaten Gefängnis und 200 Goldmark Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden gemäß dem Antrage des Verteidigers freigesprochen.

Reinfall eines Einbrechers.

Der Fingerabdruck bringt es an den Tag.

Besonders schlau glaubte ein Einbrecher zu sein, der die Rektorwohnung der Gemeindefchule in der Graunstraße heimlich suchte. Während der Rektor verreist war, fuhr er zur Nachtzeit mit einem Handwagen vor, schritt eine Füllung aus der Tür und packte alles zusammen, was er an Wäsche und Kleidungsstücke fand. Beim Durchsuchen der Wohnung fand er auch den Türschlüssel. Als er jetzt auffällig, um einen bequemeren Ausgang zu haben, schlug die Tür auf, sah er einen Mann durch die Tür, so daß die Wäsche sofort wieder verstaumte. Jetzt glaubte der Einbrecher Zeit zu haben. Nachdem er seine Beute ausgeduldet hatte, setzte er die Türfüllung behutsam wieder ein und verschmierte die Fugen mit einer Mischung von Stiefelmische und Mostsch, um die Spuren eines gewaltsamen Einbruchs zu vermeiden und die Entdeckung des Einbruchs zu verzögern. Dann brachte er seine Beute nach einem Keller in der Dragonerstraße. Von hier aus gedachte er sie alsobald zu verkaufen. Das gelang ihm jedoch nicht. Die Helfer hatten für vor Monatschluß kein Geld und vertrauten ihn auf den ersten Mai. Unterdessen wurde der Einbruch entdeckt. Kriminalkommissar Dr. Amshutz und seine Beamten untersuchten die Wohnungstür genau, und fanden auf der Stiefelmische und Mostschmischung die schönsten Fingerabdrücke. So gelang es, den Einbrecher als einen 27 Jahre alten Grün festzustellen, der schon wiederholt bestraft ist und erst vor kurzem nach Verbüßung von 2 Jahren aus dem Zuchthaus entlassen worden war. Grüns Mittel war zwar sehr geeignet, die Rihe zu vertuschen, aber noch mehr, die besten Fingerabdrücke aufzunehmen. Daran hatte er nicht gedacht. In einer Reiskammer wurde der Einbrecher von den Beamten ermittelt und festgenommen. Die ganze Beute fand man noch im Keller in der Dragonerstraße.

Hauszinssteuer, nicht Mietzinssteuer.

Wie bereits von amtlicher Seite betont wurde, ist die neue Zinssteuer keine Mietzinssteuer, sondern eine Hauszinssteuer, d. h. die Steuer wird nicht vom Mieter, sondern vom Hauseigentümer erhoben. Der Hauseigentümer ist allein Steuerpflichtiger. Zwar darf er die Hauszinssteuer nach dem Verhältnis der Friedensmiete auf die einzelnen Mieter umlegen; dadurch wird aber an seiner Eigenschaft als Steuerpflichtiger und seiner ausschließlichen Haftung dafür nichts geändert. Die neue Steuer ist nichts anderes als eine Erhöhung der Grundvermögenssteuer und ist deshalb genau wie diese vom Hauseigentümer zu bezahlen. — Wenn, wie es im erheblichen Umfange geschieht, von Seiten der einzelnen Mieter Anträge auf Erlass, Ermäßigung oder Stundung des auf sie umgelegten Hauszinssteuerbeitrages bei den städtischen Steuerämtern und Steuerstellen gestellt werden sind, so besteht nach der jetzigen gesetzlichen Regelung keine Möglichkeit, diese Anträge durch die städtischen Dienststellen oder die Katasterämter zu prüfen und zu entscheiden, da der Mieter dem Staate gegenüber nicht Steuerpflichtiger ist. Die städtischen Stellen sind angewiesen worden, diese Anträge zu den Akten zu nehmen, da bei der großen Masse dieser Gesuche eine Prüfung und Einzelbeurteilung nicht möglich ist. Derartige Anträge können nur von dem Eigentümer, dem alleinigen Steuerpflichtigen, ausgehen und sind an den Vorsitzenden des Grundsteuerausschusses (Katasteramt) zu richten.

Wenn es für Wulle Prügel gibt.

Bei einer in Berlin von der „Deutschvölkischen Freiheitspartei“ veranstalteten öffentlichen Versammlung, die Mitte März in den „Union-Festsälen“ (Breitowalder Straße) stattfand, kam es infolge des Eingreifens von Kommunisten zu den üblichen Radausagen. Den etwa 12 bis 15 Schupobeamten, die zum Schutz der Versammlungsteilnehmer herbeigeholt waren, gelang es nicht ohne Gummiknüppel, nach der Verlesung der Kampfplakate auf der Straße einander fernzuhalten. Als die Kommunisten in der Richtung nach dem Königsplatz zurückgedrängt wurden, hörte man von entgegengesetzter Seite „hoch- und Niederrufe“ aus einem gegen die Beamten amarschierenden, ausenandergehenden, erfolglos blieb, wurde der deutschvölkische Zug mit Gummiknüppeln auseinandergetrieben. Hierbei soll auch Herr Wulle einige Schläge erhalten haben. Er hielt für nötig, sich beschwerdeführend an das Kommando der Schutzpolizei zu wenden und Bestrafung des Schuldigen zu fordern. Man bemühte sich, alle Beamten zu ermitteln, die zu dem Polizeischutz vor den „Union-Festsälen“ gehört hatten. Es fand sich aber

kein Beamter, der sich zu den an Herrn Wulle ausgeteilten Prügel bekennen wollte. Vor einigen Tagen griff man nun zu dem Mittel, dem Beschwerdeführer Wulle alle in Frage kommenden Beamten gegenüberzustellen. Wie machte man das? Wurde Herr Wulle gebeten, sich zu dem Dienstgebäude des Schutzpolizeikommandos zu bemühen und dort die Beamten zu befragen? Ja, so hätte man es erwarten sollen, aber das Umgekehrte geschah! Die Beamten wurden dienstlich angewiesen, sich bei Herrn Wulle in seinem Parteibureau in der Dessauer Straße einzufinden und sich dort von ihm befragen zu lassen. Er tat das, konnte aber keinen Beamten als den Schuldigen bezeichnen. Als die Beamten die Räume verließen, äußerte ein deutschvölkischer Angestellter: „Tür zu, Fenster auf, es sinkt hier drin!“ Wollte er hiermit die Beamten fränken — oder war das Selbstkritik?

Der Kampf um das Testament.

Rehabilitierung eines ehemaligen Blumenmediums.

Das Blumenmedium Anna Abend, die vor einigen Jahrzehnten durch ihre spiritistischen Sittungen viel von sich reden machte und die auch damals viel in Hofkreisen als Heilsehlerin und Blumenmedium auftrat, ist der Mittelpunkt eines interessanten Rechtsstreits gewesen. Vor etwa zwei Jahren war der Fabrikant Ernst F. unter Hinterlassung eines Kindes gestorben, nachdem seine Ehefrau ihm bereits im Tode vorangegangen war. In seiner letztwilligen Verfügung hatte er bestimmt, daß Frau Abend die Sorge für das Kind erhalte und zu einem Drittel an der Erbschaft beteiligt sein soll. Gegen dieses Testament wird seit längerer Zeit von den im Testament übergangenen Eltern heftig angekämpft. Diese behaupten, daß das ganze Testament unter Einfluß des Blumenmediums und in geistlicher Umnachtung ihres Sohnes zustande gekommen und deshalb ungültig sei. Sie hatten auch bereits bei dem Vormundschaftsgericht durchgesetzt, daß Frau Abend der Sorge für das Kind entzogen werde, und daß das Landgericht in einer einstweiligen Verfügung die Einlegung eines Sequellors zwecks Verwaltung des Nachlasses anordnete. Nachdem auf eine Beschwerde der Frau Abend das Landgericht den Befehl des Vormundschaftsgerichtes wieder außer Kraft gesetzt hatte, ist nun auch in dem anderen Verfahren die Einlegung des Sequellors für unzulässig erklärt worden. Das Landgericht hat zugunsten des Blumenmediums erkannt und ist auf Grund der von den Rechtsanwältinnen Dr. Wisberg und Wolf vorgelegten Unterlagen zu der Überzeugung gekommen, daß das Testament des Fabrikanten F. unantastbar sei und daß Frau Abend in seiner Weise die Interessen des ihrer Geburt anvertrauten Kindes des Erblassers gesichert. Der vom Vormundschaftsgericht auf Grund des erstergangenen Befehlusses eingesetzte Pfleger, Justizrat Dr. Freitag, hatte nach längerer Auseinandersetzung Frau Abend als völlig ungeeignet für die Erziehung eines Kindes bezeichnet und insbesondere auf ihre frühere Tätigkeit als Blumenmedium hingewiesen. Frau Abend ließ dem gegenüber durch ihren Rechtsverteiler erklären, daß sie sich schon seit Jahren nicht mehr als Medium betätigt.

Der geprellte Chinese.

Ein schlechtes Geschäft machte gestern ein chinesischer Händler, der seit einem Jahr in Berlin wohnt. Als er in der Gegend des Östlichen Bahnhofs Läden aufsuchte, um seine Porzellanfiguren, Tassen, Zigarettenständer und Schürhen anzubieten, begegnete ihm an der Ecke der Görtz- und Falkenstraße zwei junge Burschen und hielten ihn an, um ihn etwas abzulaufen. Sie bezahlten mit einem alten 50-Markschein, den der Händler für viel Geld hielt, aber nicht wechseln konnte. Als er ein Geschäft aufsuchte, um ihn klein zu machen, erfuhr er, daß er nichts wert war. Nichts Gutes ahnend, eilte er wieder hinaus. Aber jetzt waren die beiden Burschen mit ihrem Rüstertoffer und den ganzen Waren verschwunden. Mitteilungen über die beiden Schwindler und den Verbleib ihrer Beute an Kriminalkommissar Wächter, Zimmer 392a, des Polizeipräsidiums.

Der erste Tag des Lichtbildzwangs.

Auf der Stadt- und Ringbahn, der Wanneseebahn und den Vorortbahnen war gestern zum erstenmal das Lichtbild notwendig neben der Monatskarte. Die Abonnenten der Wanneseebahn müssen allerdings schon seit längerer Zeit ihre Photographie neben der Karte an der Sperre vorweisen, aber die Neuheit, und zwar, das sei gleich betont, die praktische Neuheit, die gestern zum erstenmal in Aktion trat, besteht in dem Rahmen, der Bild und Karte umschließt. Er präsentiert sich als ein gut aussehender und gefälliger Rahmen aus Aluminium. Lange Zeit hat man gebraucht und viele Verluste gemacht, bevor man zu dem Resultat kam, das die Eisenbahndirektion erreichen wollte, daß nämlich in Zukunft mit den Monatskarten kein Wistruch gezeichnet und sie kein Unbefugter benutzen konnte. Der neue Aluminiumrahmen ist so konzipiert und doch auch wieder so einfach konstruiert, daß man, wenn Bild und Monatskarte im Rahmen eingepaßt und durch einen Hebel befestigt sind, die Monatskarte und das Bild, um die Photographie eines

Die Flüchtlinge.

Roman von Johannes Vinnankoski.

„Geh du in die Küche, ich kann jetzt nichts denken. Wir wollen später darüber sprechen — nach dem Abendessen.“ Er versuchte zu lächeln: „Geh nun!“ Die Frau seufzte auf und schritt wie im Traume wandernd davon. Reskitalo aber sah und starrte weiter vor sich hin. Vor seinen Augen zog kein ganzes bisheriges Leben vorüber. In Sorgen und dem Druck der Schuldlast hatte es bestanden, doch das häusliche Leben war ungestört und glücklich gewesen. Und einen guten Namen hatten sie als Erbe gehabt von Geschlecht zu Geschlecht. Nach einer Weile stand er auf und begab sich mit bleiernem Schrittmach in die Schlafkammer. Dort zündete er die Lampe an und nahm von der Kommode die schwere Bibel. Reskitalo las oft in der Bibel, namentlich wenn er vor einer besonderen Schwierigkeit stand oder wenn etwas gut gegangen war. Im Alltagsleben wandte er ihre Sprüche als treffende Redensarten an, aber in solchen Stunden suchte er eine Stütze in ihr. Er las lange Zeit, anfangs bedrängt, dann etwas beruhigt. Dann versank er wieder in Gedanken. Es erschien ihm wie eine unbegreifliche Schickung Gottes, daß gerade jetzt, wo er endlich zur Ruhe gelangt zu sein glaubte, eine Last auf seine Schultern gelegt wurde, im Vergleich zu der alles Frühere nur Scherz war. Hatte er das verdient? Da fielen ihm die Unglückschläge Hiobs ein. Er suchte die Stelle in der Bibel auf und begann sie von neuem zu lesen. Als er schließlich das Buch zuklappte, fühlte er sich ruhiger und seine Gedanken klarer. Seine Frau kam leise herein. „Wanta weint dort in ihrer Kammer...“ teilte sie mit. „Kann die Unverschämte noch weinen?“ erwiderte Reskitalo bitter, obwohl er fühlte, daß ihm diese Nachricht unfassbar wohl tat. „So etwas hat man ja nie gesehen und gehört.“ sagte er dann. „Das ist nie in meiner Familie vorgekommen und in keiner auch nicht.“

„Rein... Ja, dies ist der erste Fall.“ „Und das unterfängt sich noch, anderen Vorwürfe zu machen!“ sagte Reskitalo, heftig werdend. „Ich habe von Anfang an einen Verdacht gehabt.“ seufzte die Frau. „Du bist der Ehre nachgelaufen, Kustaa, jetzt haben wir die Schande auf einmal!“ Reskitalo wandte sich um und sah sie lange schweigend an. „Läßt du mich jetzt auch im Stich?“ fragte er dann gebrochen. „Ach nein, lieber Vater“ — die Tränen schossen ihr in die Augen — „aber das Herz ist einem ja so voll.“ Dann begannen ihre Schultern zu zittern. „Ach friere so,“ sagte sie unter Schluchzen. „Du mußt dich niederlegen.“ sprach Reskitalo weicher. „Das geht nicht so — vielleicht ist noch nicht alles verloren — wir wollen nachdenken.“ Er erhob sich und ging langsam auf und ab, während er mit der Hand seine heiße Stirn rieb. Als sich seine Frau ausgestreckt hatte, setzte er sich zu ihr auf den Bettrand. „Im Krieg muß man fest auf der Erde stehen.“ seufzte er. „Ich hatte alles so schön ausgedacht. Allen wäre es gut gegangen: Lutela, uns, den Kindern, und sie hätte schon noch einmal einen jungen Mann bekommen können. Aber die Ruchlose! — Hast du gesehen, was für ein Gesicht sie machte?“ „Red nicht davon — sie war nicht bei Sinnen!“ Sie brach wieder in Schluchzen aus. „Versuch nun zu schlafen!“ beruhigte Reskitalo. „Ich werde bis morgen früh schon einen Ausweg finden.“ Sie versanken beide in schweres Grubeln. „Wir können diese Schande nicht tragen, und wenn man noch so viel nachdenkt.“ sagte Reskitalo wieder. „Wo es jeder versteht — wo Lutela so alt ist, und wo er auch in jüngeren Jahren keine Kinder gehabt hat.“ „Lutela!“ rief die Frau entsetzt aus. „Erst jetzt sah sie die Sache von dieser Seite.“ „Ach Gott, was wird er wohl sagen und tun?“ Nach Reskitalos Meinung war dies jedoch nicht das Schlimmste. „Lutela ist ein guter Kerl. mit ihm käme man immer irgendwie zurecht.“ sagte er. Und mitten in dem Kummer schlich sich wieder jener schlau verschmigte Alltagszug in seine Mundwinkel: „Lutela könnte man immer sagen: kann einem Hundertjährigen noch ein Sohn geboren werden?“ — Antwort

siehe 1. Buch Mose. Aber das schreien ihm die anderen in die Ohren.“ „Ja, ja, wo sie nun der ganzen Welt gehört, diese Sache!“ seufzte die Frau. Dann versanken sie in noch schwerere Gedanken. Die Uhr in der großen Stube schlug zehn, schlug elf und schlug zwölf — sie wachten immer noch. Und je mehr die Zeit verging, desto größer wurde ihre Not. Sie sprachen miteinander, konnten sich aber nicht trösten. Sie beteten miteinander, aber auch das brachte keine Hilfe. Sie erlebten in diesen wenigen Stunden mehr als in vielen langen Jahren. Wie verwickelt war doch das Leben — sie hätten nicht geglaubt, daß der Mensch einer solchen Hilflosigkeit anheimfallen könne. „Wenn man doch mit Lutela reden dürfte?“ schlug die Frau in ihrer Verzweiflung vor. „Wenn er sich erbarme und es annähme? Das ist ja auch sonst früher geschehen.“ Reskitalo wies diesen Gedanken schroff zurück. „Nein, damit hat es keine Eile. Und Lutela ist auch hier nicht die Hauptsache, sondern die Beute. Und die würden es doch nicht glauben, sondern nur lachen.“ „Gott, Gott! Was soll denn aus uns werden, da es nirgends eine Rettung gibt!“ Die Uhr schlug eins. Reskitalo schrak zusammen, wie wenn er die Stimme der Sturmglocke vom Kirchturm gehört hätte. Er hatte in einemfort gedacht: bis zum nächsten Schlag habe ich etwas gefunden. Glodenschlag auf Glodenschlag erfolgte, eine immer größere Dunkelheit hüllte sich um ihn. Er fühlte, daß er ganz naß war, ihn begann zu frösteln. „Hat mich Gott ganz verlassen?“ seufzte er in seiner Bedrängnis. „Weshalb? Mancher lebt, wie er will, kümmert sich nie um Dein Wort, und Du prüfst ihn doch nicht mit solcherlei Unglück. Ist dies recht?“ Da kam die Verzweiflung über ihn, eine entsetzliche Lust, die Ketten seiner Schande mit Gewalt zu sprengen. Sein Gesicht verzog sich, Schweißperlen preßten sich auf seiner Stirn hervor, in der Tiefe seiner Seele rangten furchtbare Kräfte. „Es muß geschehen — es muß befristet werden — ich zwingen sie dazu!“ stammelte er vor sich hin. Seine Frau hörte das festsame Flüstern und setzte sich lählings auf. (Fortsetzung folgt)

